



Waldemokrat

Lustenstr. 87.

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Telegraphen-Nr. 5744. Sozialdemokrat, Prag. Volkswirtschaft 5744.

Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 86.—
jährig . . . 192.—

Anlieferung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourkarten.

Bezeichnet mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Dienstag, 21. November 1922.

Nr. 273.

„Im Namen des Herrn“. Ein „Geschäftsministerium“ in Deutschland.

Die Bischöfe der Tschechoslowakischen Republik haben vor kurzem an die „teueren Christen“ einen Hirtenbrief erlassen, der an den letzten Sonntagen in allen Kirchen von den Kanzeln verlesen wurde. Wenn auch drängendere Tagesfragen eine Besprechung des trübsamen bischöflichen Erlasses bisher nicht zuließen, so soll an ihm doch nicht achsellos vorbeigegangen werden. Denn der Hirtenbrief ist eine politische Streitschrift der Herren Bischöfe und sucht die Stellung der Merikalen Partei im Kampfe für die konfessionelle Schule und gegen die geforderte Trennung der Kirche vom Staate zu stärken. Womit sich der Hirtenbrief beschäftigt, sind durchaus politische Dinge, was die Herren Bischöfe nicht hindert, darin im „Namen des Herrn“ zu sprechen und allen „geliebten Gläubigen“, welche bei der Erhöhung der Machtstellung der Kirche mithelfen wollen, „im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes“ den „göttlichen Segen“ zu erteilen. Der Hirtenbrief soll „zur Beruhigung der gläubigen Katholiken“ beitragen. So wird darin behauptet. In Wahrheit dient er, wie gezeigt werden soll, unter Mißbrauch der Religion der schamlosesten Verheerung der im geistigen und seelischen Banne der Merikalen stehenden Gläubigen.

Das Pamphlet der Bischöfe — denn nur um ein solches handelt es sich, obwohl es immerzu den Namen des Herrn und Weisandes anruft — will zu gewissen angeblich in Vorbereitung stehenden Gesetzentwürfen betreffend die Regelung des Verhältnisses des Staates zur Kirche Stellung nehmen, gegen welche Gesetzentwürfe es sich ausspricht, denn der Staat hat nach Ansicht der Herren Bischöfe keine andere Bestimmung, als der Kirche und dem Merikalismus dienstbar und tributpflichtig zu sein. Aber die Frage der Trennung der Kirche vom Staate ist eigentlich nur zum geringen Teile Gegenstand der bischöflichen Kampfschrift, denn die Merikalen wissen: so lange Kramel und Kramarsch im Staate herrschen, braucht ihnen davor nicht bange zu sein, daß ihnen der Staat mit weniger Eifer als bisher die Krippe füllt werde. Die Begehrlichkeit der Bischöfe begnügt sich durchaus nicht mit der Abwehr einer ihnen drohenden Einschränkung ihrer Machtstellung, sie gehen vielmehr in ihrem famosen Hirtenbrief zur Offensive für ihre Hauptforderung: die Verklerikalisierung der Schule, über. Die Aufforderung an die „lieben Gläubigen“ zum Kampfe um die konfessionelle Schule bildet den eigentlichen und Hauptteil des Flugblattes der Bischöfe und indem sie darin alle „treuen Katholiken“ zur Einheitssfront mit dem Klerus haranguieren, stellen sie sich selber und den „sichtbaren Stellvertreter Christi“, den Papst, an die Spitze des Kulturkampfes, den sie zu entfalten suchen. Sie halten ihre Zeit für gekommen, um auf's Ganze loszugehen! Der Schulunterricht soll unter ihre Fuchtel gestellt, die Lehrer sollen „katholisch gemacht“ werden. Das Volk soll verdammen, auf daß die katholische Kirche, die Merikalen, wieder herrschend werden. Das ist es, was der Hirtenbrief „im Namen des Herrn“ verlangt und wofür sie die Gläubigen mißbrauchen wollen!

Daß die Merikalen sich niemals mit dem Bestande der weltlichen Schule abgefunden haben, sagt auch der Hirtenbrief, indem er den „Rechtsanspruch“ der Kirche auf die Schule als „unveräußerlichen dogmatischen Grundlag“, als „unabänderlich auf Glaubenssätzen ruhend“ erklärt. Man fühlt sich ins Mittelalter, das Eldorado der Klergerichte verfehlt, wenn man hört, die Kirche sei die „einzige von Gott berufene Behälterin und Lehrerin der geoffenbarten Wahrheit“ und zu ihren unveräußerlichen Rechten gehöre, „Einzeln und ganze Völker zu erziehen“. Damit man nicht mißverstehe, worauf es die Bischöfe abgesehen haben, wiederholen sie es in dem Hirtenbrief an mehreren Stellen, daß es ihnen nicht bloß um die Erteilung des Religionsunterrichtes zu tun ist, nein, sie fordern, daß „positiv

Endgültiger Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung.

Berlin, 20. November. (Eigenbericht.) Nachdem Dr. Cuno vom Reichspräsidenten den Auftrag erhalten hatte, ein sogenanntes überparteiliches Kabinett zu bilden, das heißt, die Ministerposten nach eigenem Ermessen zu besetzen, fanden gestern und heute Verhandlungen über die Unterstützung eines derartigen Kabinetts durch die Parteien statt. Die bürgerlichen Parteien sind mit dem Projekt einverstanden, denn sie glauben damit auf Umwegen zu der „großen Koalition“ zu gelangen.

Die sozialdemokratischen Unterhändler lehnten auch in diesem Stadium der Krise das Zusammengehen mit der Volkspartei ab. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich dem Standpunkt ihrer Vertreter angeschlossen und nach eingehender Debatte mit großer Mehrheit beschlossen: „Die Fraktion billigt die Haltung ihrer Unterhändler“. Damit verwirft sie nicht nur allgemein den Eintritt in die große Koalition, sondern auch den Eintritt in ein Kabinett, in dem die Volkspartei irgendwie vertreten ist.

Es dürfte nunmehr ein Geschäftsministerium gebildet werden. Die Sozialdemokratie tritt aus der Regierung aus. Das neue Kabinett wird also eine Minderheitsregierung sein und sich auf die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, Demokraten, Zentrum und Volkspartei, stützen. Es muß entweder die Zustimmung der Sozialdemokraten oder der Deutschnationalen gewinnen, wenn es eine Mehrheit für seine Anträge oder ein Vertrauensvotum braucht.

Es ist klar, daß eine solche Regierung mit den größten Schwierigkeiten zu rechnen haben wird und man erwartet, daß Cuno nichts übrig bleiben wird, als den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Die Sozialdemokratie ist sich klar, daß ihr Ausschreiten aus der Regierung die Aufgabe einer Machtposition bedeutet, aber sie dürfte nicht anders handeln, wenn sie nicht das Vertrauen der Arbeiter verlieren wollte. Nachdem die deutsche Volkspartei es bisher unterlassen hat, die Auffassung ihres Führers Stinnes von der Stabilisierung der Mark zu sabotieren, ist eine Zusammenarbeit mit ihr nicht möglich. Wenn zu den außerpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch eine dauernde innerpolitische Krise hinzutritt, so ist das eine Schuld der Bürgerlichen, die die Interessen der Allgemeinheit wieder einmal ihren eigenen hintanstellen.

Zu dieser Lösungsmöglichkeit schrieb der parteiunabhängige „Sozialdemokratische Pressedienst“, daß eine Minderheitsregierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf die Unterstützung der Deutschnationalen Partei angewiesen ist, die eine neutrale Haltung sicherlich nicht kostenlos vornehmen wird. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die deutschnationalen Geheimbünde wieder aufblühen, die Sozialgesetzgebung ins Stocken gerät, die in Angriff genommene Justizreform liegen bleibt und andere Dinge vorgenommen oder nicht vorgenommen werden, die keineswegs im Interesse der Arbeiterschaft liegen. Eine Reichstagsauflösung, die andere Möglichkeit, erfordert ungeheure Mittel, so daß es verständlich ist, wenn alle Parteien des Reichstages für einen losspieltigen Wahlsfeldzug nicht zu haben sind. Hinzu kommt, daß eine Neuwahl des Parlaments frühestens in acht Wochen vor sich gehen kann, wir während dieser Zeit also eine inaktive Regierung besitzen, die weder innen- noch außenpolitisch irgendwelche Autorität besitzt. Stoden der Verhandlungen in der Reparationsfrage, weitere Entwertung der Mark und so Fortschreitung des Elends innerhalb der Arbeiterschaft würden die Folgen sein, die wir von einer Reichstagsauflösung zu erwarten haben. Ziel leicht ist es deshalb das Beste, wenn es die bürgerlichen Parteien nicht anders wollen, ihnen die schwere Verantwortung für diesen Winter zu überlassen. Kommt es soweit, dann kann es nur eines geben: Schärfste Opposition. Der

der gesamte Unterricht vom Geiste des katholischen Glaubens befeelt sei“, was soviel bedeutet, als daß in der Schule nicht mehr gelehrt werden darf, als sich mit dem Inhalte des kleinen Katechismus vereinbaren läßt. Aber es kommt noch besser: nicht nur der Unterricht, auch die Lehrer sollen Kom untertan werden. Die Herren Bischöfe rufen nach Beseitigung des „Terrors bekannter Vereine“, worunter sie die Freidenkervereine ver-

Zustand, wie wir ihn uns beim Kabinett Feywensch-Simons leisteten, muß aufhören. Wir haben keinen Anlaß, den Herrschaften, die uns die Pistole auf die Brust gesetzt haben, ohne daß sie erreichten, was sie wollten, auch noch durch eine neutrale Haltung unsern Dank zu erstatten. Bei der Durchführung unserer Reparationsverpflichtungen usw. werden sie schon verspüren, daß die Arbeiterschaft heute eine Macht darstellt, die man auch in Zeiten der Not nicht unterschätzen soll.“

Die Wahlen in Deutsch-Oberschlesien.

Oppeln, 20. November. Nach amtlicher Feststellung ist das Endergebnis der Nachwahlen für den Reichstag, den preussischen Landtag und den Provinziallandtag folgendes: Wahlberechtigte 747.339 abgegebene Stimmen 500.707. Davon entfallen auf die Demokraten 11.912, Sozialdemokraten 73.266, Zentrum 199.246, Deutschnationale 69.398, Deutsche Volkspartei 37.259, Deutschsoziale 28.291, Kommunisten 36.524, Polen 59.183, obererschlesische katholische Volkspartei 23.

Die Mandatverteilung geht aus diesen Ziffern noch nicht hervor, bisher hatten die Sozialdemokraten aus ganz Oberschlesien sechs Reichs- und acht Landtagsmandate inne. Diese Zahl wird sich stark verringern, denn nach der Wahlordnung entfallen auf je 60.000, bzw. je 40.000 abgegebene Stimmen ein Reichstags-, bzw. ein Landtagsabgeordneter. Die Gründe für den jedenfalls starken Verlust liegen auf der Hand. Durch den Senfer Schiedspruch hat Oberschlesien etwa die Hälfte seiner Wählerzahl verloren. Die an Polen überwiesenen Gebiete umfassen gerade die vorwiegend industriellen Teile des Landes, in denen die Sozialdemokratie ihre stärkste Anhängererschaft hatte. Dazu kommt, daß in Oberschlesien seit den Revolutionswahlen von Januar-Februar 1919 nicht gewählt worden ist und daß leider dort, wie im ganzen übrigen Deutschland, seither unter dem Druck der ungünstigen Verhältnisse die Anhängererschaft der Sozialdemokratie sich vermindert hat. Aber auch besondere Umstände haben den obererschlesischen Genossen den Wahlkampf erschwert: Gerade zu Beginn dieser Woche ist der Reichstag zusammenberufen worden, und die Regierungskrise hat die Reichstagsabgeordneten gezwungen, in Berlin zu bleiben und die für Oberschlesien zugesagten Versammlungen aufzugeben. Die bürgerlichen Parteien hingegen haben den obererschlesischen Wahlkampf mit einem ganz außerordentlichen Aufwand an Kräften und Geldmitteln betrieben. Die Führung haben dabei die Deutschnationalen, deren beurlaubter Vorkämpfer, die Deutschsozialen, mit ihrem Knüttel-Kunze an der Spitze, in ganz Oberschlesien eine ebenso lärmende wie gewalttätige Propaganda führten. Ihr terroristisches Treiben hat dazu geführt, daß die jüdischen Bürger sich fast nirgends mehr in die Öffentlichkeit und das politische Leben wagen. Daß sie trotzdem weniger Stimmen errangen als die Sozialdemokraten, die, ohne Kampfnotigung gegen die Kommunisten, noch immer gewaltig lasten, ist das einzig erfreuliche an den Wahlen. Als der eigentliche Gewinner erscheint das Zentrum, das alle des Kampfes Mühen aufgesaugt zu haben scheint.

Die neue Zusammensetzung des Reichstages.

Berlin, 20. November. (Wolff.) Infolge der Wahlen in Oberschlesien geht die Zahl der Reichstagsmitglieder von bisher 469 auf 450 zurück. Diese verteilen sich folgendermaßen: Sozialdemokraten 173, Zentrum 68, deutschnationale Volkspartei 67, deutsche Volkspartei 66, Demokraten 39, bayerische Volkspartei 20, Kommunisten 15, bayerische Bauernbund 4, deutschvölkische Gruppe 3, deutschhannoversche Landespartei 2, zu keiner Partei gehörig 2.

stehen, für das „Erwachen des katholischen Bewußtseins“ bei den Lehrern wollen die Merikalen dann schon Sorge tragen. Mit einem Wort: her mit der konfessionellen Schule, in der nur das gelehrt werden darf, was der Pfarrer oder der Katechet zu erlauben befinden werden! Geschicht dies nicht, dann sei die bürgerliche Gesellschaft in schwerster Gefahr, denn die heutige Schule sei eine Brutstätte des Kommunismus, der Revolution, wie überhaupt

der schwersten Verbrechen. Offenbar sind die Tausende von sittlich verlotterten Pfaffen, welche früher unsere Blätter Jahre hindurch fast täglich unter dem Titel „Wieder einer“ registrierten, auch Früchte der Reuschule und des Mangels an sittlich-religiöser Erziehung! Nebenbei bemerkt: dem etwaigen Wunsch der Herren Bischöfe nach Wiederveröffentlichung dieser lehrreichen Rubrik kann leicht entprochen werden! Im übrigen sei zur Kenntnis genommen, daß die Bischöfe die katholische Kirche als den stärksten Schutz der heutigen kapitalistischen Ausbeutungsordnung anpreisen, was den Ausbeuteten und Enterbten über den Wert dieser Institution einigermaßen die Augen öffnen dürfte. Die Jugend soll in der konfessionellen Schule verblöden, den Arbeitern die Luft, sich gegen die Gesellschaftsordnung der kapitalistischen Ausbeutung aufzulehnen, gründlich ausgetrieben werden. So wollen es — alles „im Namen des Herrn“ — die obersten Seelenhirten! Die gläubigen Schäfchen brauchen nur mitzuhelfen und das Merikale Paradies auf Erden ist fertig!

Aber die Entscheidung darüber, ob die „teueren Christen“ mittun wollen oder nicht, das wollen die krieglustigen Bischöfe keineswegs dem freien Ermessen anheimstellen. Die frommen Hirtenbriefler bedrohen vielmehr alle Eltern, welche nicht für die konfessionelle Schule sind, mit — der „Verantwortung vor dem ewigen Richter“. Alle Gläubigen haben dem Hirtenbrief zufolge die „Schwere Pflicht zur Abwehr des Unglaubens“. Für sie müsse es heißen: „Hier Christus, hier Antichrist! Und die Gläubigen werden aufgefordert, mit dem Gebet: „Heiliger Erzengel Michael, verteidige uns im Kampfe und sei unser Schutz gegen die Angriffe Satans“, die „Arbeit entschlossener Verteidigung“ zu verbinden. Wer also nicht für die konfessionelle Schule ist, wird zur Strafe ewig in der Hölle braten!

Den Höhepunkt des Hirtenbriefes jedoch bildet die Darlegung, wonach die Christen zum unbedingten Gehorsam gegen die „von Gott gesetzte“ weltliche Obrigkeit verpflichtet sind, nur in einem einzigen Falle nicht: wenn die weltliche Obrigkeit etwas gegen das „Gebot Gottes“ anordnet! Da soll der Christ nichts fürchten, da darf und muß er sich gegen die Staatsgewalt auflehnen und alles läßliche Ungemach, selbst den Tod, dafür erleiden! Da die Merikalen mit jesuitischer Auslegungskunst ihre Macht- und Herrschaftsgelüste zum „Gebot Gottes“ umdeuten, ist ihnen nach bischöflicher Erklärung also jede Auflehnung gegen die staatliche Ordnung erlaubt und geboten. In der „Abwehr“ und „Notwehr“ sollen ihre Anhänger „Gott“ mehr gehorchen als den Menschen. Das heißt: die anderen haben in Demut zu gehorchen, die Merikalen dagegen haben das „göttliche Recht“, wenn der Staat nicht ihr Diener werden will, ihm den Gehorsam aufzukündigen!

Der Hirtenbrief ruft das letzte Rundschreiben des Papstes in Erinnerung, das dem Klerus zur Pflicht machte, sich von allem Parteikampfe fernzuhalten. Wie die Bischöfe die Mahnung des Papstes befolgen, zeigt der Inhalt des Hirtenbriefes deutlich genug. Sie machen die Gotteshäuser zum politischen Versammlungsort, indem sie von allen Geistlichen fordern, daß die „für die Gegenwart wichtigsten Stellen“ aus dem Hirtenbrief in den Kirchen von den Kanzeln herab „durch Erklärungen eingeschärft“ und die als Beilagen Merikaler Blätter eingelangten Exemplare unter das Volk verteilt werden sollen. Der Papst verbietet die Teilnahme an Parteikämpfen, die Herren Bischöfe dagegen denken sich, der gute Mann kann uns lieben, und sie stellen sich — im „Namen des Herrn“ — an die Spitze der Merikalen Agitation! Aber eigentlich muß man ihnen für die Offenheit, mit der sie die Ziele des Merikalismus enthüllen, dankbar sein. Die Bevölkerung weiß, woran sie ist und der Hirtenbrief wird sie die Gefahr der schwarzen Reaktion klar erkennen lassen!

Die akademische Orgesch von Prag.

Und Stille rings umher . . .

Die deutschen Nationalsozialisten und die Deutschnationalen haben auch diejenigen, die daran zweifeln, rasch belehrt, daß sie sich mit den rektorierenden hakenkreuzerischen Akademikern vollkommen decken. Der gelbe Pappel und die nationalsozialistische Presse ebenso wie die deutschnationalen Blätter tun ihr möglichstes, um die Schulfchwänzerlei und den Terror der Prager Orgesch-Studenten als wertvolle und einzig richtige Tat im Interesse des deutschen Volkes hinzustellen. Aber ein Umstand fällt doch in der Haltung der hakenkreuzerischen Presse zu den Bedenklaten ihrer Jüngsten auf: sie schwigt sich nämlich über den schuftigen Witzgang der akademischen Garde bei den tschechischen Redaktionen vollkommen aus. Das „Nordböhmische Tagblatt“ veröffentlicht zwar umfangreiche „Streik“-Berichte aus den Federn der tschechischen Studentenschaft, aber weder in diesen ebenso frechen wie chauvinistischen Aufsätzen, noch sonst irgendwo in den Spalten dieses Blattes und der ihm gleichwertigen Presse-Erzeugnisse ist auch nur ein Wort über diesen entehrenden Schritt der treudeutschen Burschen zu finden, der ja, wie wir mehrmals feststellen, der Beweis nicht nur für deren Charakterlosigkeit, sondern auch für die Verlogenheit der nationalsozialistischen Propaganda ist. Den Herren Ledgman und Anrich und dem von ihnen „geführten“ reaktionären Bürgertum scheint es nicht sonderlich angenehm zu sein, daß die Schüler so tolpatschig die Fäden aufdecken, die den Chauvinismus hüben mit dem von drüben verknüpfen und so möchten sie wohl mit Stillschweigen die Kenntnis der Tatsachen mitnichts-dar-nichts aus der Welt schaffen. Aber wir können den Prager akademischen Radaubrüdern und ihren politischen Hintermännern sowie dem gesamten hegenden und reaktionären deutschen Bürgertum die Versicherung abgeben, daß die deutsche Arbeitererschaft an diesen Witzgang nicht so rasch vergessen wird. Es wird den Herrschaften, die sonst immer den Mund nicht weit genug aufreißen können, jetzt aber gerne feierliche Stille bewahren möchten, nichts nützen, daß sie sich seine vertriehen. Wir werden sie diesbezüglich und auch wegen ihrer anderer „Taten“ für die „deutsche Sache“ noch öfters aus ihrem Offenloch hervorpeitschen.

Beschlüsse des akademischen Senats.

Scharfe Mißbilligung des Studentenstreiks.

In der Sitzung vom 20. d. hat der akademische Senat folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt:

„Der akademische Senat nimmt die vom Hünferauschuß des Senates bis zum 25. d. in Aussicht genommene Unterbrechung der Vorlesungen zu seinem Bedauern zur Kenntnis; er ersucht sämtliche Dekane, ehrsüchtig Fakultätsitzungen einzuberufen, um den Professorenkollegien Gelegenheit zu geben, zu den vorliegenden Stellung zu nehmen.“

Der akademische Senat steht dem ehebaldigsten Berichte der Dekane über die Sitzungen entgegen. Der akademische Senat mißbilligt aufs schärfste den Streik eines Teiles der Studentenschaft als undisziplinäre Auflehnung gegen die akademische Autorität und beauftragt die Disziplinarkommission, das Verfahren gegen die Verantwortlichen einzuleiten.“

Der akademische Senat dankt dem Hünferauschuß für seine Mühewaltung und bebauert umso mehr das unakademische Verhalten aller Richtungen der Studentenschaft, die entgegen den akademischen Gebräuchen, die Unterstützung außenstehender Faktoren anzurufen suchten, und verwarfen sich gegen den unakademischen Ton verschiedener Eingaben.“

Erklärung des Professors Doktor Hermann Schloffer.

Mit Rücksicht auf die umlaufenden Gerüchte, wonach sich Professor Schloffer unter den Hintermännern, bezw. Urhebern des Streiks befinden soll, erklärt der Genannte, daß solche Gerüchte auf ebenso plumpe wie böswillige Erfindungen beruhen. Prof.

Schloffer habe bis zum Vorabend des Streikes von der ganzen Aktion keine Ahnung gehabt und hat am Dienstag selbst, entgegen dem Wunsch der Streikenden, seine Vorlesung abgehalten. — Eine diesbezügliche Erklärung hat Prof. Schloffer auch in der gestrigen Senatsitzung abgegeben.

Für Rektor Steinherr.

Die Professoren Genossen Wicchowski, Viedl und Prof. Sauer haben sämtliche Professoren und Privatdozenten der Prager Universität für heute abends zu einer Versammlung eingeladen, in welcher eine Vertrauenskundgebung für den Rektor Dr. Steinherr beschloffen werden soll.

Tschechisch-chauvinistische Forderungen des deutschen Chauvinismus.

Wie gefährlich das Treiben der deutschnationalen Studenten an der Prager Universität ist, beweist der Leitartikel des „Pondělník“, welcher schreibt: Die Deutschnationalen sind sich wahrscheinlich dessen nicht bewußt, daß sie mit dem Feuer spielen. Die Gefahr droht ihnen nicht von tschechischer Seite, aber anderwärts. Die Prager deutsche Universität hat heute eine bedeutende Anzahl nicht nur deutscher, sondern auch russischer, magyarischer und ukrainischer Hörer, welche in unserem Staate das einzige Zufluchtgebiet sehen, wo man ihnen wegen ihrer Herkunft oder aus anderen politischen Gründen das Studium nicht verweigert. Zu diesem zahlenmäßig sehr stark vertretenen Elemente tritt noch die jüdische Studentenschaft hinzu. Heute zeigt sich in diesen Kreisen eine starke Bewegung, die die deutsche Universität mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Dinge und mit Rücksicht auf den Ausdehnungsdrang der Deutschnationalen zur Minoritätenuniversität erklären will. Niemand will zwar den Deutschen an ihr kulturelles Besitztum greifen, aber mit Rücksicht auf die Situation, die sich entwickelt hat, könnte es leicht passieren, daß diese Forderungen gegenstand seriöser Erwägungen wird. Unter den studierenden Emigranten der Prager deutschen Universität gibt es sicher genug unbedeutsame und unangenehme Elemente, aber es befinden sich auch solche unter ihnen, deren Studium für unseren Staat propagatorischen Wert hat. Vorläufig kann uns der interne Streit an der deutschen Universität in Prag, vom tschechischen Standpunkt aus gesehen, nicht interessieren. Es ist aber Sache der Deutschnationalen selbst, daß der Streit nicht größeren Umfang annimmt, als die Ruhe und Ordnung in unserer Republik verträgt und besonders die unserer Hauptstadt, wo die Gerechtigkeit, ständig die periodisch wiederkehrenden Provokationen der Hakenkreuzler zu ertragen, nicht besteht. Wie ersichtlich, treiben also die Deutschnationalen auf dem heißen Prager Boden Wasser auf die tschechisch-nationale Mühle. Ob sie das wohl selbst einsehen werden?

Der „akademische Mob“.

Die Bezeichnung „akademischer Mob“, der die Prager Orgesch-Studenten so trefflich charakterisiert, stammt aus Kreisen des deutschen — Bürgertums, und zwar aus der bürgerlichen Auslandspresse; allerdings der vornehmen demokratischen Presse. Es ist die „Frankfurter Zeitung“, die sich über den Prager Universitätsstand an leitender Stelle also vernehmen läßt:

„Solche und ähnliche widerwärtige Krakelelerien hat es im alten Oesterreich schon immer gegeben. Neuerdings hat es auch in Budapest einen antisemitischen Volkssturm gegeben. Aber in

Prag hat die Sache natürlich ihren ganz besonderen Charakter. Mit Recht beklagen sich die Deutschen über das Unrecht, das ihnen von dem tschechischen „Staatsvolk“ durch allerlei Bedrückungen und Beeinträchtigungen fortgesetzt geschieht und das sich ganz besonders in einer empfindlichen Zurücksetzung ihrer Bildungs- und Kulturinstitute ausdrückt. Aber wie wollen sie mit ihren Beschwerden Gehör finden, wenn ihre akademische Jugend ohne Sinn und Verstand mit den Methoden der Gasse die eigenen Bildungsinstitute lahmlegt und gewaltsam hindert, daß die Studenten studieren! Wie sehr diese deutschen „Arier“ von allen guten Geistern verlassen sind, zeigt vollends die skandalöse Tatsache, daß sie, die sonst in heftigstem Gegensatz zum Tschechentum stehen, die Hilfe der tschechischen Presse im Kampfe gegen den Rektor anrufen, aber einen Stoß bekommen! Da der akademische Mob in Güte, wie es scheint, nicht zur Vernunft zu bringen ist, wird er vermutlich das Eingreifen des tschechischen Unterrichtsministers provozieren, woraus dann wieder mit häßlicher Freude die Tschechen den Schluß ziehen werden, daß die Deutschen in Böhmen gegenwärtig gar nicht die innere Sammlung zur kulturellen Selbstverwaltung hätten. Solange das Deutschtum dort drüben nicht instande ist, unreise Burschen, die wegen einer angelegten der ethnischen Verhältnisse der Sudetenländer besonders blöden Rassenlehre alles kurz und klein schlagen, zur Vernunft zu bringen, und solange Teile des akademischen Lehrkörpers derartigen Bubenstreichen sogar noch Rückhalt gewähren, kann man sich ja wirklich nicht darüber wundern, wenn die nationalen Gegner aus solchen Erbärmlichkeiten Gründe für ihre Unterdrückungsmassnahmen gegen das Deutschtum als Ganzes entnehmen. Als Titus Jerusalem belagerte und seine Widder schon gegen die Mauern donnerten, mühten die zelotischen Parteien der Juden nichts Besseres zu tun, als um den Besitz des Tempelberges sich gegenseitig die Schädel einzuschlagen. Dies Prager „Arier“, sie mögen es uns übernehmen oder nicht, haben mit jenen Juden eine fatale Ähnlichkeit.“

Hätte die „Fr. Ztg.“ noch hinzugefügt, daß der ganze Skandal reaktionäre Gründe und reaktionäre Ziele hat, so hätte sie insgesamt das treffendste Bild des Prager akademischen Mobs gegeben.

Der Sympathiestreik der Brüner Techniker vor dem Ende.

Brünn, 20. November. Das Professorenkollegium der deutschen technischen Hochschule in Brünn hat beschlossen, daß die Vorlesungen und Übungen am Dienstag, den 21. November in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. — Der Ausschuh der nichtstreikenden Hörerschaft, in dem die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Hochschüler, die Lesung und Redehalle in Brünn und der jüdische Technikerverband vertreten sind, hat am Sonntagabend in einer Sitzung gegen den Beschluß des Professorenkollegiums, am Montag noch keine Vorlesungen abzuhalten, Stellung genommen und nachstehende Entschlieung gefaßt:

„In dem Ausschuh der Wiederaufnahme der Vorlesungen vermögen wir nichts anderes zu erblicken, als eine weitere Unterstützung des terroristischen Vorgehens der deutschösterreichischen Studentenschaft und begründen diese Auffassung durch die Tatsache, daß die akademischen Behörden bisher kein Wort der Verurteilung des Ausstandes gefunden haben.“

Wir stellen nochmals fest, daß es zwischen der durchaus gesetzlichen Forderung der nichtausständigen Studentenschaft nach sofortiger Wiederaufnahme des Hochschulbetriebes und der widerrechtlichen Behinderung der Wiederaufnahme durch die deutschösterreichische Studentenschaft kein Kompromiß gibt.

Wir beharren daher nach wie vor auf der sofortigen Wiederaufnahme des gesamten Hochschulbetriebes.“

Anschließend fand eine Aussprache statt, die mit der Anfrage der Deputation geschlossen wurde,

ob das Professorenkollegium den Streik billige oder mißbillige. Eine sofortige Antwort und die Aufnahme der Vorlesungen wurde gefordert. Den Delegierten gelang es nur mit Mühe, ihre Kollegen zum Verlassen des Platzes zu bewegen. Die Antwort des Professorenkollegiums wurde um zwei Stunden verspätet den Studenten mitgeteilt. Sie lautet: „Der behufs Wahrung der Ruhe und Ordnung auf akademischen Boden vom Professorenkollegium gefaßte Beschluß ist bekannt und bleibt aufrecht.“ Es wird weiter ausgesprochen, daß die Fortführung des Studienbetriebes von den Studenten ermöglicht wird. Auf diese provokierende Antwort wird festgestellt, daß es das Kollegium abermals verweigert, eine klare Antwort zu geben. Eine Äußerung des Professors Lothar rief besondere Entrüstung hervor, er bezeichnete das Verhalten der Nichtstreikenden als Terror. Die nichtstreikenden Studenten faßten eine Entschlieung, an deren Schluß es heißt: „Um in Einklang mit der Studentenschaft über das Professorenkollegium vor dem Terror einer Gruppe zu schützen, fordern wir die Anerkennung eines Ausschusses, in dem sämtliche Studenten Vertretung finden.“

Der Landesvoranschlag Böhmens.

In allen autonomen Verwaltungskörpern gilt die Beratung des Voranschlags und die Beschlußfassung über seine endgültige Zusammenstellung als wichtigster Akt der Verwaltung. Der Tag der Budgetierung ist nicht nur der „große Tag“ für die verantwortlichen Führer der Verwaltungskörper, auch die Orts- oder Bezirksinsassen erwarten ihn mit Spannung und verfolgen aufmerksam den Sitzungsbericht. Nur die Budgetierung des böhmischen Landesauschusses macht da eine bemerkenswerte Ausnahme. Ein undurchdringlicher Schleier ist über die Geheimnisse dieser Sitzung ausgebreitet und hüllt die Ereignisse in missliches Dunkel. Wirklich ist die Art der Budgetierung des Landesauschusses — wenigstens wie sie im Jahre 1922 gehandhabt wurde — ein sehr dunkles und wenig ruhmreiches Kapitel der Landesverwaltung. Ein vollständiges Exemplar des Voranschlags hat bis zu der für die Dauer einer Stunde angeordneten Budgetierung außer dem Finanzreferenten selbst, kein Mitglied der Landesverwaltung in Händen gehabt. Zur Budgetierung wurde zwei Tage vor derselben eingeladen, wobei ein Budgetauszug zirkuliert, der gerade die 18 summierten Endziffern der entsprechenden Budgetkapitel enthielt. Erst in die Sitzung selbst hätte zum erstenmale die Möglichkeit bestanden, sich über die Zusammenfassung der schon bekannten omiften 18 Ziffern aus dem vom Finanzreferenten mitgebrachten umfangreichen Aktenbündel (der gedruckte Voranschlag umfaßt mehrere hundert Seiten) zu informieren, bezw. sich nach Belieben selbst zu betonen. Für eine solche Art der Voranschlagsberatung über Millionenbeträge gibt es keine Entschuldigung.

Daß die Anträge der einzelnen Abteilungen des Landesauschusses schon im Verlaufe des Jahres fallweise in verschiedenen Sitzungen genehmigt wurden und der Voranschlag nur den ziffermäßigen Niederschlag dieser Anträge darstellt, kann schon deshalb nicht geltend gemacht werden, weil nicht jedes Mitglied in jeder Sitzung anwesend sein kann, überdies eine zusammenfassende Darstellung auch im gegenteiligen Falle durch rothenweise Kenntnisnahme der Budgetziffern nicht ersetzt werden könnte; denn jeder Voranschlag ist ein Ganzes und muß auch als solches gewürdigt werden und der Kritik standhalten können. Auch die Beratung des Voranschlags in den sogenannten Finanzgremien können eine ernsthaftige Budgetberatung im Gremium des Landesauschusses nicht ersetzen, da die Enqueten lediglich der Finanzabteilung zur Information dienen, die sie bei der Zusammenstellung des Voranschlags zu vertretten hat.

Ueber die endgültige Fassung des Voranschlags zu beschließen ist aber doch wohl einzig und allem Sache des Gremiums und nicht der Finanzabteilung. Welche Verwaltungsbehörde sich gefallen ließ, daß der Finanzreferent bei der Budgetberatung lediglich die Endziffern der Vor-

Alltagsgeschichten.

I. Das Kind des Konfessionslosen.

In bürokratischem Alt-Oesterreich war es eine einfache Sache, die Bezirkshauptmannschaft zu bewegen, die Anmeldung der Geburt eines zur Konfessionslosigkeit bestimmten Kindes zur Kenntnis zu nehmen. Eben weil es eine so schwere Sünde wider den Staat war, ein Kind konfessionslos zu belassen, daß nur selten jemand das dem Staate anzutun über's Herz brachte. Aber in der Tschechoslowakischen Republik hat die Zahl der Konfessionslosen so sehr zugenommen, daß ein eigenes bürokratisches System geschaffen werden mußte, um ihnen das Leben vom Tage der Geburt an lauer zu machen.

Meine beiden Jungen, die noch als Oesterreicher geboren wurden, hat einfach die Debatte bei der Bezirkshauptmannschaft angemeldet. Als nun kürzlich meine Frau eine kleine Republikanerin zur Welt brachte, genügte eine solche mündliche Anzeige der Geburt nicht mehr. Ich schrieb ein häufiges Verlangen an die städtische Bezirksverwaltung, sie möge geruhen, die Geburt dieses Kindes, das konfessionslos bleiben sollte, zur Kenntnis zu nehmen. Ich erhielt es zurück mit dem Bemerkten, es müsse von zwei Geburtenzeugen unterschrieben sein.

Dieses Verlangen brachte mich in arge Verlegenheit. Solche Ereignisse pflegen nicht vor einer

breiteren Öffentlichkeit vor sich zu gehen. Woher also die Jungen nehmen? Einen Bürokollegen und eine Kontoristin, die bis dahin von dieser Verneinerung der tschechoslowakischen Bevölkerung deutscher Junge noch nichts gewußt hatten, bezog ich nun, die Wahrheit der Begebenheit beschwörend, zur Unterschrift und schied das Gefuch neuerlich zur politischen Bezirksverwaltung. Sofort bekam ich es wieder zurück: es fehle die Bestätigung des Bürgermeistersamtes.

Das Bürgermeistersamt verteilte Unterschrift und Siegel. Die zu bezeugende Person sei hieramtlich nicht gemeldet. Im Meldeamt könne ich gegen Erlag von 40 Heller einen Meldebettel begeben, den ich ausgefüllt, unter persönlicher Verantwortung für die Richtigkeit aller meiner Angaben, wiederzubringen habe. Dann werde man weiter amtsabhandeln.

Der Meldebettel! Schon die erste Frage dieses Reugerigen! Was soll man da antworten, wenn gefragt wird: „Bisheriger Aufenthalt?“ Ich wußte es ja — aber wie sollte ich es der Behörde sagen, ohne die Schamhaftigkeit der Beamten zu verletzen? Ohne mir einen Verweis oder gar eine Strafe zuzuziehen? Ich antwortete: „Überhaupt keiner.“ Obwohl das nicht ganz richtig war und auch die Antwort auf die nächste Frage: „Wohin?“ auf „auf“ zu einer falschen machte. Denn eigentlich hielt sich die nun in Amtsbekleidung befindliche schon vor dem 22. Oktober, wenn man den „bisherigen Aufenthalt“ mit einrechnete, in T. . . auf. Log

der Geburt, der mit Beginn des offiziellen Aufenthaltes in T. . . zusammenfiel — Vor- und Name, Name der Eltern — das vermochte ich ohne besondere Mühe wahrheitsgemäß anzugeben. Aber die „Umgangssprache“? Schreibe ich „keine“, so wird meine Tochter als Stumme in die Listen eingetragen. Beginnt sie später einmal zu sprechen, so werde ich wegen Fretführung der Behörde bestraft. Schreibe ich „deutsch“, so werde ich vielleicht aus dem gleichen Grunde und außerdem wegen Hochverrates bestraft, weil ich zur nationaldeutschen Fälschung der Statistik und damit zur Kräftigung der staatsfeindlichen deutschen Auslandspropaganda beitrage. — Ich schrieb eine lange Erklärung nieder, in der ich auf das gegenwärtige Sprechvermögen meiner Tochter verwies und auf die Wahrscheinlichkeit, daß ihre Umgangssprache später die deutsche sein werde. Ähnlich mußte ich auch die Frage nach dem „Militärverhältnis“ beantworten. Jetzt habe ich keines. Ob es in achtzehn oder zwanzig Jahren ein Korporal oder gar ein Offizier der ruhmbedeuten tschechoslowakischen Armee sein werde, vermöge ich nicht voranzusagen. Jetzt blieb nur noch die Unterschrift. Aber da ich mir nicht klar wurde, ob ich bloß „Hauswirtschaftsvorstand, beziehungsweise Altgemeinderat“ bin, oder auch der „Wohnungsgeber“ meiner Tochter, unterschrieb ich vorsorglich zweimal. Und trug dann klopfenden Herzens den Meldebogen zum Meldeamt.

Aber man sah ihn kaum an, stempelte gleichgültig den Bogen und dann die Anmeldebekunde

ab, und ebenso gleichgültig stempelte und unterschrieb der Bürgermeister die Geburtsanzeige, nachdem er die Anmeldebekunde zur Kenntnis genommen hatte, und die politische Bezirksverwaltung nahm nun auch die Geburtsanmeldung zur Kenntnis, so daß meine Tochter nicht mehr unberechtigter, amtlicherseits nicht zur Kenntnis genommener Weise zu leben brauchte. Es war hoch an der Zeit, denn die Kleine war mittlerweile bedeutend älter geworden.

II. Der Bahnhofspostbrief.

Wir brauchen täglich wichtige geschäftliche Nachrichten aus der Nachbarstadt A., Nachrichten, die dringend waren. Wir beschloffen, sie uns mittels eines Bahnhofspostbriefes senden zu lassen.

Das ist ein Brief, den man sofort nach Ankunft des Zuges, der ihn bringt, am Bahnhofpostamt begeben kann. Wenn das Amt es erlaubt.

Ich meldete mich telefonisch an und begab mich dann, reichlich ausgerüstet mit Gebuld, zum Bahnhofpostamt. Eine Schalterbeamtin in den Partierre-Amtsstufen verwies mich an das Reklamationsbüro im ersten Stock. Der erste Beamte, den ich im ersten Stock traf, schickte mich zum Offizial Nowak im Partierre. Der Offizial Nowak schickte mich in den ersten Stock ins Reklamationsbüro. Der Beamte, der mich schon einmal nach unten gewiesen, schickte mich wieder ins Partierre. Ich veranlaßte eine Konferenz beider Beamten, in deren Verlauf der Offizial Nowak den andern

Die Lausanner Friedenskonferenz.

schlagskapitel miteilt, ohne den Mitgliedern vorher das gesamte Ziffernmaterial zum Zweck des Studiums eingehändigt zu haben? Außer dem böhmischen Landesaussschuß wohl keine. Oder hat dieser Wahnsinn Methode? Sollten nur die deutschen Vorkämpfer vor fertige Tatsachen gestellt werden? Eine Aufklärung wäre da dringend erwünscht.

Unser Vertreter im Landesaussschuß, Genosse Bruno G r u n d, hat gegen den geschilderten Vorgang beim Präsidium der Landesverwaltung schärfsten Protest erhoben.

Angestelltenschutz in der tschechoslowakischen Republik.

Eine Pflicht des Ministers Habermann.

Der 15. November 1922 wird als ein schwarzer Unglückstag im Gedächtnis der Angestellten verbleiben. An diesem Tage wurden hunderte, ja vermutlich tausende Angestellte von ihren Unternehmern gekündigt und alle diese Unglücklichen sehen nun mit Grauen einer Zeit der Arbeitslosigkeit entgegen, die für sie und ihre Angehörigen eine Zeit der größten Sorge um die künftige Existenz und nur allzu oft auch die größten Entbehrungen bedeutet.

Unsere so vielgeschätzte Gesetzgebungsmaschine hat noch nicht die Zeit gefunden, sich auch mit dem Schutze der in privaten Diensten beschäftigten Angestellten zu beschäftigen und so ist das Handlungsgehilfengesetz vom Jahre 1910, welches durch die wirtschaftliche Entwicklung längst überholt und veraltet ist, noch immer in Geltung. Die Regierung begnügt sich durch Rotterordnungen, die zumeist den Schutz der Heimlehrer entziehen, auf diesem Gebiete fortzuzurufen und so stehen wir mit dem gesetzlichen Schutze der Angestellten trotz Krieg, Revolution und Demokratie noch dort, wo wir im alten Oesterreich vor 12 Jahren waren. Längst hat uns schon auf diesem Gebiete das kleine Deutsch-Oesterreich überflügelt, welches ein musterträgliches Angestelltenrecht geschaffen hat. Der leitende Gedanke, der dem Angestelltenrecht zugrunde liegt, ist der Schutz der Angestelltenexistenz, deren Stabilisierung, da die Eigenart der wirtschaftlichen Lage des Angestellten eine gesicherte Stellung als erste Bedingung erfordert. Daher steht die Frage der Kündigungsschutz, sowie die Notwendigkeit längerer Kündigungsfristen und von Abfertigungen bei längerer Dienstleistung an erster Stelle, wenn es sich um den Schutz der Angestelltenexistenz handelt.

Trotz aller Mühe und Sorgen des Tages hat das arme Deutsch-Oesterreich diese Grundfrage verwickelt, während in der Tschechoslowakischen Republik die Angestellten noch immer die Bestimmungen eines Gesetzes entgegen müssen, dem der Begriff der notwendigen Stabilisierung und Sicherung ihrer Existenz noch fremd war.

Nach diesem Gesetze vom Jahre 1910 kann nun das Dienstverhältnis mangels Vereinbarung oder mangels eines für den Dienstnehmer günstigeren Orlsgebots mit Ablauf eines jeden Kalenderjahres nach vorgängiger sechswochenlanger Kündigungsfrist gelöst werden. Durch diese Bestimmung war nun den Unternehmern freie Hand gelassen, am 15. November 1922 alle ihnen nicht genhmen Angestellten mit sechswochenlanger Kündigungsfrist aufs Pfahle zu werfen.

Daher haben es die in der Zentralverwaltung vereinigten freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen ohne Unterschied der Nationalität, für notwendig erachtet, durch eine Vorprache beim Ministerium für soziale Fürsorge auf die den Angestellten drohende Gefahr von Massenkündigungen am 15. November hinzuweisen und die Herausgabe einer Rotverordnung zu fordern, welche die am 15. November oder vorher per Ende Dezember 1922 erfolgten Kündigungen als rechtsunwirksam erklärt. Ganz eine berechtigte und bescheidene Forderung, welche doch nur bezweckt, von tausenden Angestellten die Katastrophe der Arbeitslosigkeit abzuhalten, die auf sie in dieser Zeit der Krise wartet. Wie sind in unseren sozialpolitischen Ansprüchen gegenüber der Regierung der Tschechoslowakischen Republik an-

Herrn zu überzeugen wußte, daß ich unbedingt ins Reklamationsbüro gehen müsse. Man gab mir sogar einen Diener mit, der mich in den ersten Stock führte. Ins Reklamationsbüro.

Ein Beamter, zu dem ich geleitet worden war, sah mich, als ich mein Begehren vorgebracht hatte, starr und erstaunt an und begab sich dann zum Amtsvorstand. Als er wiederkam, gab er mir einige Aufklärungen über die Schwierigkeiten seines Dienstes und suchte mich zu überreden, von meinem Verlangen abzusehen. Es sei das erste mal, daß ein Bahnhofspostbrief gefordert werde. Das beweise zur Genüge die Ueberlässigkeit solcher Briefe. Aber ich blieb fest. Da nahm der Beamte feuchend einen Bogen Papier und nahm eine Art Protokoll auf. Zweck des Briefes. Und das sei das Wichtigste: um welche Zeit der Zug, der ihn bringe, von A. abgehe und wann er in Z. ankomme. Und welche Nummer der Zug habe. Vor allem aber seien dreißig Kronen monatlich zu zahlen. Das erstmalig gleich jetzt. Und wann eigentlich der Zug, der den Brief bringe, in Z. ankomme? — Ich sagte es zum zweitenmale und wieder schrieb es der Beamte auf. Dann versprach er mir eine Volette. Ich fragte, was das sei, das werde ich bei ihrer Ausbändigung gleich sehen. Ein Bürodiener sollte eine Volette für Bahnhofspostbriefe bringen. Der Bürodiener wußte nicht, wo sie seien. „Wie soll man bei tausend Druckworten wissen, wo sie alle sind?“ Der Beamte nahm seinen Hut und ging auf die Suche

Lausanne, 20. November (Sav.). Die Orient-Friedenskonferenz wurde um 15 Uhr 30 Minuten mit einer Ansprache des Präsidenten der Schweizer Republik Da a b eröffnet, welcher die Teilnehmer willkommen hieß und seiner Freude darüber Ausdruck verlieh, daß auf Schweizer Boden der Friede zustande kommen soll, welcher der Humanität, die unter der Last moralischer und wirtschaftlicher Sorgen fast erdrückt wurde, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zurückgibt. Präsident Daab gab sodann seiner Achtung für alle jungeren tapferen Männer Ausdruck, welche ihr Leben am heiligen Altar des Vaterlandes geopfert haben. Er sprach sodann die feste Hoffnung und sein Vertrauen aus, daß der griechisch-türkische Krieg der letzte Akt der schrecklichen Tragödie sein wird, der Europa und einen Teil Asiens verwüstete und sprach sodann über die Aufgabe der Delegierten, die außerordentlich weitreichend und deistat sei, besonders in der gegenwärtigen Zeit der ergebnislosen gegenseitigen Abhängigkeit der Völker untereinander auf wirtschaftlichem, finanziellen und intellektuellem Gebiete. Er sollte hierauf der weisen Politik der Regierungen seine Anerkennung, die dem blutigen Kampfe ein Ende bereitet haben, indem sie sich die Aufgabe stellten, eine Situation zu schaffen, die sowohl den einen als auch den anderen die für ihre Existenz und ihr Leben notwendigen Bestimmungen ermöglicht und welche kein Hindernis für eine künftige Verständigung bildet. Zum Schluß sprach er die Hoffnung aus, daß die kommenden Weihnächten Verwirklichung des Heilswortes: „Frieden offen den, die guten Willens sind.“ bringen werde.

Lausanne, 20. November (Sav.) Ueber die offizielle Eröffnung der Orientkonferenz wird noch gemeldet: Unter den ersten, die sich einfanden, befand sich Benizelos. Nach ihm trat Mussolini in den Saal, dessen Ankunft mit Regierede erwartet wurde. Sodann kam Poincare mit Curzon und Barrere und einer großen Anzahl ihnen zugehöriger Funktionäre und zum Schluß Ismet Pascha. An der Eröffnungsbeteiligung beteiligten sich außerdem der italienische Delegierte Garoni, für Griechenland Kallamanos, weiters Sir Horace Rumbold und Stambolisky. Auch die japanische und die rumänische Delegation waren anwesend.

Als der Präsident der Schweizer Republik Daab seine Rede vorgelesen hatte, ergriff Lord Curzon das Wort, welcher auf die Begrüßungsansprache namens der Alliierten antwortete, er hoffe fest, daß diese Zusammenkunft die letzte der Konferenzen, die seit dem Abschluß des Friedens abgeschlossen wurden, sein werde. Er versicherte die Verharmung, daß keine Anstrengung unterlassen werden würde, damit die Konferenz von Erfolg begleitet sei und damit der Schweiz die Ehre zuteil werde, daß auf ihrem Boden der Weltfriede erneuert werden wird.

Darauf gab Ismet Pascha eine Uebersicht des Verlaufs der Türken seit dem im Jahre 1918 abgeschlossenen Waffenstillstande. Der Türkei sei es gelungen, sagte Ismet Pascha, ihre Existenz zu verteidigen und ihre Unabhängigkeit zu verwirklichen. Es dürfe aber nicht verneht werden, um welchen Preis die Türkei dies erreichte, was sie erleiden und wieviel Opfer sie bringen mußte. Durch diese Opfer habe sich die türkische Nation einen Platz in der zivilisierten Welt mit allen Rechten auf Existenz und Unabhängigkeit erobert. Das höchste Ziel der großen türkischen Nationalversammlung sei, diese Stellung zu erhalten und zu befestigen. Der Friede hänge davon ab, ob die Nationen gegenseitig diese Rechte auf Freiheit und Unabhängigkeit respektieren werden. Schließlich gab Ismet Pascha der Hoffnung Ausdruck, daß der gute Wille der türkischen Delegation einem eben solchen Willen auf der anderen Seite begegnen werde.

sprachlos geworden, aber wir dachten doch, daß eine Forderung wie unsere nach der Herausgabe einer Rotverordnung, die verhindern sollte, daß die Angestellten das ausschließliche Opfer der schrecklichen Konjunktur ihrer Unternehmer sein sollen, bei einem Ministerium, das sich das Wai-

nach der Volette. Er kam, ohne sie gefunden zu haben. Er werde sie mir ins Büro senden. Einweilen sollte ich ihm Abfahrt des Zuges von A., Ankunftszeit in Z. und Nummer des Zuges nennen. — Und nachdem er diese Daten aufgeschrieben. Los mir der freundliche Beamte aus einem Buche die Bestimmungen über die Beförderung von Bahnhofspostbriefen vor. Sie müssen einen genau ein Zentimeter breiten roten Band, der den ganzen Bahnhofspostbrief einhüllt, haben und als solche, nämlich als Bahnhofspostbriefe, deutlich gekennzeichnet sein. Auch mußte genau die Ankunftszeit des Zuges, mit welchem der Brief komme, angegeben werden. — Nachdem ich diese Angaben gemacht, konnte ich mich entfernen.

Das war zwischen 10 und 12 Uhr vormittags geschehen. Um 8 Uhr nachmittags kam ein Bahnhofspostbote zu mir ins Büro und brachte — die Volette? Nein, was das ist, weiß ich heute noch nicht. Er brachte einen Bogen mit der Angabe, mit welchem Zuge, Nummer des Zuges, Abfahrt des Zuges und Ankunftszeit, der begehrte Bahnhofspostbrief befördert zu lassen geplant sei.

Bisher war ich der Meinung, jedes Bahnhofsamt verfüge auch über aktuelle Eisenbahnfahrpläne. Friedrich Jrig.

Nach unzähligen Verschiebungen, Verhandlungen und Zankereien, wie sie nun einmal bei den in „berühmter Eintracht“ verbundenen Alliierten im Schwange sind, trafen Sonntag Lord Curzon, Poincare und Mussolini zu einer Vorberprechung zusammen und werden sich Montag in Lausanne mit Vertretern der Angoratigung und vieler europäischer Staaten verammeln, um den „toten Mann“ Türkei aus seinem Grab hervorzuholen und ihn, schlafkräftig, wie er sich erwiesen hat, in seine alten Rechte einzusetzen. Das Balkanproblem, das man in Sevres endgültig eingepflegt zu haben meinte, steht in Lausanne wieder zur Erörterung, wieder werden sich an ihm die imperialistischen Leidenschaften, der Kampf um Handelswege, Einflusssphären usw. entzünden, die keine eines neuen Weltkrieges vermehrt werden, so wie sich am Balkan der Antagonismus zwischen Rußland und Oesterreich entwickelt hatte. Englands Delegierte wollten in Lausanne nur erscheinen, wenn vorher die Alliierten sich auf ein gemeinsames Programm geeinigt hätten. Wie windig es mit dieser „Gemeinsamkeit“ aussieht, geht aus der Tatsache hervor, daß sich Poincare mit Dänken und Füssen gegen eine Vorkonferenz sträubte — vielleicht durch Vereinbarung in seiner Entschlußfreiheit gehemmt, die er früher einmal mit Angora getroffen hat. Nun wird es ja heute den Franzosen bei der Erinnerung an die Unterstützung, die sie den Kemalisten so lange haben angedeihen lassen, kaum allzu gekauer zumute sein, weil Kemal wie alle Militaristen die ihm von den geheimen Bundesgenossen gezogenen Grenzen ungeschont überschreitet und auch Poincare manche Karte nach zu machen aufgibt; aber als Faktor in der französischen Reparationspolitik zählt er noch immer stark mit, denn Poincare wird sich jede Unfreundlichkeit gegen Angora mit Konzessionen am Rhein auf bezahlen lassen.

Andererseits sind heute die Kemalisten viel zu aktiv, um sich nur als Schachfigur auf dem Brett internationaler Intrigen verwenden zu lassen, Frankreich, England und Italien als Kolonialmächte in muslimannischen Gebieten haben mit ihnen auch als Widersachern der Zukunft zu rechnen. Das wird die Entente doch fester aneinanderdrücken, als es ihre euroräischen Interessengengnisse vermuten lassen; ihre Vertreter werden also in Lausanne vor allem darüber nachzudenken haben, wie sie zwischen den verschiedenen Zwischenfällen die richtige Mittlinie finden könnten. Trotz Mussolinis löwenden Worten, die vor allem dazu bestimmt scheinen, sich für Waffendienste an Poincares und Curzons Seite schon im voraus gute Bezahlung zu sichern, wird es kaum vernünftig zu einem Schwächwerden für Angora möglichst günstigen Kompromiß kommen, umso mehr, als auch Rußland nicht verschlen wird, seine Ansprüche geltend zu machen.

Mit schweren Sorgen sehen die Südländer und Rumänen vor Koncert. Mazedonien und Throlien in der Hand der Türken oder von ihnen kranbricht, das kbrückt ein Ende des schönen imperialistischen Ausdehnungsraumes und vielleicht auf eine effektive Bedrohung in der Zukunft. Frankreich ihr Bestreben, ist in der Minderheit dieser Gefahr wenig verlässig und Englands, das die letzten Interessen hat, ist von ihnen in den Armen der europäischen Politik zu oft im Stiche gelassen worden, als daß die Staatsmänner der kleinen Entente in ihren besonderen Fragen auf seine Unterstützung rechnen dürften. Man versteht darauf die unermessliche Stimmung in allen kranbrichten Curzons und die Vermutung, daß die Verhandlungen in Lausanne viele Wochen währen werden. Doch ist in der Doubtsache achheim geführt werden, verliert sich von selbst, da ja die „demokratischen“ Weltmächte des Weltkrieges auch für die Befreiung der Geheimdiplomatie gekämpft haben.

sterium für soziale Fürsorge nennt, jenes Verständnis, ein solches Minimum an sozialer Geiste und Humanität finden werden, um dieses Unglück für so viele Angestelltenexistenzen abzuwenden. Sticht doch an der Spitze dieses Ministeriums der tschechische Sozialdemokrat Habermann, ein Vertreter des arbeitenden Volkes, von dem wir bei noch so beschönernder Werbung der Reichshülle eines sozialistischen Ministers in dieser Republik wenigstens ein wenig Mitgefühl für seine ehmaligen Klassengenossen erhofften.

Wir haben uns gewünscht, nicht einmal für dieses armselige tschechische Angestelltenchutz ist unter Ministerium für soziale Fürsorge zu haben und so kam es, wie es die Unternehmer wünschten und die tausende Angestellten, die vielfach nach jahrelangem Dienstzeit am 31. Dezember 1922 aufs Pfahle fliegen werden, werden dem Herrn Habermann dank dafür wissen, wie verständnisvoll er durch die Herausgabe der von den freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen geforderten Rotverordnung „soziale Fürsorge“ machte. Die Erörterung über dieses Verlangen des Ministeriums für soziale Fürsorge und über diese Preisgabe einer so großen Schicht arbeitender Menschen an die Unternehmerdrucksucht, ist eine allgem. meine. Aber noch ist die Möglichkeit gegeben, daß Veräußertes gutgemacht wird, indem die geforderte Rotverordnung sofort erscheint, und das Verbot der Kündigungen per 31. Dezember 1922 rückwirkend auspricht.

Noch ist es Zeit, daß der sozialdemokratische Minister der Welt beweist, daß er sich in der Regierung als der Vertreter der arbeitenden Menschen fühlt und nicht gewillt ist, den Unternehmern die Mauer zu machen. Dieses Geschäft besorgt sein Kollege Maschin! — der Sozialist Habermann hat andere Pflichten!

Inland.

Aus dem Abgeordnetenhaus. Heute vormittags um zehn Uhr Sitzungsbeginn. Auf der Tagesordnung: Fortsetzung der Budgetdebatte. — Am Mittwoch, den 22. d. findet eine Sitzung der Präsidiu des Abgeordnetenhauses und des Senats um halb neun Uhr vormittags statt. Der verfassungsrrechtliche Ausschuß tagt um halb zehn Uhr vormittags. — In den Reihen der Koalitionsparteien stehen zwei Affären im Mittelpunkt des Interesses. Erstens ist es das immer schärfere Auftreten der nationalsozialistischen Opposition, das eine gewisse Nervosität hervorgerufen hat. Das nationalsozialistische Parteipräsidium hat bekanntlich den Eintritt der Abgeordneten Landtag in den Arbeitslosenaußschuß nicht zur Kenntnis genommen. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Tribuna“ schreibt im Sonntagsblatt hinzu unter anderem: Wenn nun die Frau Stuch nicht zur Kenntnis nimmt, daß das Parteipräsidium nicht zur Kenntnis genommen hat, können hieraus Verhältnisse entstehen, die zeigen könnten, daß die jetzige Regierungskoalition eine nicht so vollkommene Konsolidierung und Klärung bedeutet, wie man am ersten Tage schrieb, als Herr Svehla in die Salons des Ministerratpräsidiums einzog, die gerade Benesch verlassen hatte. Das zahlenmäßige Uebergewicht der heutigen Regierungsmehrheit über die Opposition ist ein solches, daß eine gewisse Nervosität begründet ist, wenn einige Abgeordnete Lust bekommen, beiseite zu springen.“ — Eine zweite Affäre, die im Parlament besprochen wird, bildet das Auftreten des tschechischen Agrarier Halel. Dieser sprach bekanntlich in der freitägigen Budgetdebatte. Er begann seine Rede mit einem Hymnus auf die christliche Religion, was zur Folge hatte, daß sich die slowakischen Minoritäten und auch die deutschen Christlichsozialen um den Redner scharten. Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen bekam man den Eindruck, einen oppositionellen Redner zu hören. Halel wettete gegen die „unproduktive“ Sozialpolitik der Regierung, gegen den Achtsundentag usw. Als er nach zweieinhalb Stunden beendet hatte, richteten ihm die Slowakisch-Minoritäten die Hand und beglückwünschten ihn lebhaft. Beachtenswert war, daß einige tschechische Agrarier während der Rede ihres Klubkollegen laut schrien. Man spricht denn auch davon, daß Halel die tschechisch-agrarische Partei mit noch zwei Klubkollegen verlassen werde. Er gehört zu jener südböhmischen Gruppe der agrarischen Opposition, der die Politik Svehla „zu demokratisch“ vorkommt.

Das Morgenblatt polemisiert gegen das Abendblatt. Während das Abendblatt des „Ceste Slovo“ streng an der Alofaktik festhält, nimmt die Morgenausgabe desselben Blattes eine, wenn auch verdeckte Vrdenstfrendliche Haltung ein. In einem Leitartikel, in dem scheinbar gegen Sinowjew und seine Einheitsfrontpolitik losgegangen wird, wird zugleich das Vorgehen des linken Flügels der Partei verteidigt. Während das Abendblatt des „Ceste Slovo“ immer wieder behauptet, die Nationalsozialisten lassen sich auf die „Einheitsfront“ nicht einfangen, sagt das Morgenblatt derselben Zeitung, daß je mehr die Krise wachse, desto lebendiger die Bewegung unter der Arbeiterschaft wachse, die nach der Einheit der Abwehr des Glends rufe. Am merkwürdigsten ist da folgender Satz: „Die kommunistische Agitation hat auf eine Zeit Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft getragen, aber schließlich ist die Idee der Annäherung der Sozialisten doch stärker als früher.“ Es wird dann erklärt, daß kein sozialistischer Politiker diese übersehen dürfe und Aufgabe der ersten Leute sei es, ihr (nämlich der Annäherung d. N.) eine solche Form zu geben, die der Arbeiterschaft und dem Proletariat überhaupt nützen könne. Es richtet sich dies offenbar an die Adresse Alofa's. Zum Schluß wird in dem Artikel die Hoffnung ausgesprochen, die Kommunisten würden nach rechts gehen, jedoch eine Einigung mit ihnen zu erzielen sein wird. So ähnlich argumentiert bekanntlich auch Vrdenstf.

Interessengemeinschaft von Rechts- und Linksohchewiten.

Der ehemals kommunistische, jetzt sozialdemokratische Landtagsabgeordnete in Bayern, Otto G r a f, stellt in einem Brief an seine Landtagsfraktion fest, daß er von dem rechtsradikalen Bund Oberland sowie dessen Führer Hauptmann Römer 250.000 Mk. erhalten habe. Sie seien im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der kommunistischen Partei Deutschlands und nach eingehender Prüfung durch die Parteizentrale für die Münchener kommunistische Parteizeitung verwendet worden. Römers Organisation sei die einzige reichstreue und arbeiterfreundliche unter Dutzenden ähnlicher Organisationen und Römer habe u. a. gelegentlich der Besetzung König Ludwigs III. einen vorgesehene Monarchistenputsch verhindert. Deshalb habe man ihn zu erschließen versucht, während Römer andererseits eines Mordanschlages auf Kapitän Ehrhardt bezichtigt werde. Die Feststellungen führen sozusagen atenundig den Nachweis, daß von einer rechtsradikalen Organisation in Bayern große Beiträge für kommunistische Zwecke zur Verfügung gestellt worden sind. Diefelben Organisationen also, die das Schreckgespenst des Bolschewismus an die Wand malen, unterstützen mit großen Geldsummen den Feind, gegen den sie sich als Helfer empfehlen. Wieder muß die Frage gestellt werden: Woher haben diese Herren die Gelder? Was geschieht gegen die Waffen, die in ihrem Besitz sind? Die Gefahr wird nicht dadurch

Beseitigt, daß man gegen diejenigen eine Unter- suchung wegen Landbesitzes anstrengt, die auf dieses Treiben pflichtmäßig in der Öffentlichkeit hinweisen.

Die kommunistische „Bairische Arbeiterzeitung“, der diese Enthüllungen begrifflichweise sehr unangenehm sind, erklärt ihnen gegenüber unter dem Titel: „Ein politischer Abenteuerer entlarvt“: „Wir sind in der Lage, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß die KPD. mit der Angelegenheit nicht das mindeste zu tun hat. Gegen Graf bestand von Seiten vieler Parteigenossen ein ausgeprochenes Mißtrauen, weil er mit großen Summen operierte, über deren Herkunft man sich nicht klar war. Das Mißtrauen, das gegen Graf Finanzgebarung bestand, gab auch den Ausschlag, als es sich um seinen Ausschluß aus der KPD. handelte. Diesem war bereits die Enthebung Graf von seinen Parteiamteln vorausgegangen. Die Enthüllungen treffen also die KPD. in keiner Weise, da Graf seine Beziehungen zu Oberland hinter dem Rücken der Partei und im schroffsten Gegensatz zur politischen Linie der Partei unterhielt. Umjomehr aber ist die KPD. blamiert.“

Graf versichert in der „Münchener Post“ nochmals, das Geld im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der KPD. nach eingehender Prüfung durch deren Zentrale für die Münchener Arbeiterzeitung verwendet zu haben. „Lange vor meinem Uebertritt zur Sozialdemokratischen Partei ist die Verbindung zwischen Römer und mir erloschen.“

Ueber Auftrag des Parteivorstandes hat Graf gegen sich die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beantragt und sich bis zu dessen Entscheidung von jeder Betätigung in der Partei zurückgezogen.

Zür die Selbständigkeit der Ukraine.

Das Auslandskomitee der ukrainischen Sozialrevolutionäre (Emigranten) erklärt, nachdem es von dem Beschlusse des Charkower „Allukrainischen Volkskongresses“ erfahren hat, laut welchem der selbständige Staatsapparat der Ukraine endgültig aufgehoben und eine „gemeinsame“ Verwaltung der wichtigsten Staatsangelegenheiten von Moskau aus betrieuert worden ist:

1. Das „Allukrainische Volkskongress“ ist kein Organ der Volksgewalt, sondern ein Instrument der russischen Okkupation in der Ukraine, indem es nicht aus freigewählten Volksdelegierten, sondern aus von oben ernannten Funktionären der Okkupationsgewalt besteht. Beschlüsse dieses „Allukrainischen Volkskongresses“ und der Wille der ukrainischen Volksmassen sind zwei grundverschiedene Dinge.

2. Der oben angeführte Beschluß bringt das alterbekannte Bestreben des kommunistischen Rußlands zum trassen Ausdruck, jedesmal Merkmal der ukrainischen staatlichen und kulturellen Selbständigkeit aus der Welt zu schaffen und die ehemalige Unterordnung der Ukraine wiederherzustellen; alles was in der Ukraine geschieht, zeugt dafür: die Ausrottung des Schulwesens, der Genossenschaften, der Bücherverläge, der Presse, das im Charkower Gouvernement erlassene Verbot, die ukrainische Sprache auch nur in den Volksschulen zu gebrauchen usw. Dies ist eine planmäßige Fortsetzung der Taktik, die durch die bewaffneten Einfälle der Rotgardisten 1917-19 angebahnt wurde.

Es dürfte heutzutage schon einem jeden einleuchten, daß der Vortritt der russischen Kommunisten in die Ukraine nicht zum Zwecke „einer Hilfeleistung für die Arbeiter und Bauern“ im Kampfe gegen die Bourgeoisie geschah. Der Vorsitzende der ukrainischen Sowjetkommisäre, Rakowsky, macht in seiner Aufrichtigkeit kein Geheimnis daraus, daß seinerzeit die Zustände an die ukrainischen Selbständigkeitsbestrebungen nur aus dem Grunde gemacht wurden, „um die Volksmassen in die Hand zu bekommen“. Zu demselben Zwecke wurden auch einige „selbständige“ Staatsapparate in der Ukraine und ein paar ebenso „selbständige“ diplomatische Vertretungen im Auslande errichtet. Das wahre Ziel war dabei stets die vollkommene Verflattung der Ukraine.

Telegramme.

Eine Rede Bethlens.

„Schneidig“ nach innen — „maßvoll“ nach außen.

Budapest, 19. November. (A.-B.) Ministerpräsident Graf Bethlen ergriffte in Hodmas-Basarhely seinen Redenschaftsbericht, in welchem er erklärte, Ungarn sei im Außenhandel zur gebundenen Wirtschaft bemöhigt, da die Nachbarstaaten, mit Ausnahme Oesterreichs und der Tschechoslowakei, trotz wiederholter Versuche Ungarns, Handelsverträge abzuschließen, eine Absperrungspolitik befolgen. Die Reparationen können von Rumänien nicht gefordert werden, da durch die Abtrennung ungarischer Gebiete alle Forderungen an Ungarn als beglichen gelten müssen. Sollte die Reparationskommission dennoch die Wiedergutmachung auferlegen, wäre ein Sturz der ungarischen Krone nicht aufzuhalten und ein vollständiger Zusammenbruch des unglücklichen Landes gewiß. Die industrielle Mehrproduktion, zumal in Textilwaren, mache günstige Fortschritte. Im letzten Jahre seien 28 neue Textilfabriken entstanden.

Auch auf sozialem Gebiete bereite die Regierung einschneidende Reformen vor. Die Bevölkerung habe sich noch nicht vollkommen erholt; darum entstehen fortwährend neue Organisations mit außen- und innenpolitischen Zielen. Die ungarische Außenpolitik habe bisher allerdings nicht viele Erfolge aufzuweisen, denn dem besiegten Lande gebührt es an Vorbedingungen hierzu. Gegenüber dem Vorwurfe, die Regierung betreibe eine feige Außenpolitik, antwortete der Redner, Gott behüte uns vor schneidigen Generalen! Eine richtige Durchführung erheischt tapfere Soldaten, aber auch besuhsame Generale. In der inneren Politik werde die Regierung mit eigener Hand die Probleme lösen, sobald es keines Faschismus bedarf. Zur Förderung der Arbeitsfähigkeit der Gesetzgebung müsse eine Parlamentsreform und eine Revision der Geschäftsordnung ins Auge gefaßt werden. Graf Bethlen geistelte hierauf in scharfen Worten die Politik des sogenannten liberalen Oppositionsblocks, in welchem der Putschist Rakowsky, der Demokrat Bojzoni, der Radikale Raskay und Sozialdemokraten plannehmen, aber kein einziger Liberaler. Dieses Lager kann nur zerstören und nicht aufbauen. Die Regierung wolle eine besuhsame und umsichtige Politik nach außen und eine unbarmherzig energische Politik Ruhestörern im Innern gegenüber betreiben.

Der neue Kalif.

Angora, 20. November. (Havas.) Der Religionsauschuß der Großen Nationalversammlung genehmigte einstimmig die Wahl Abdul Medschids zum Kalifen und setzte seine feierliche Investitur für heute fest. In Konstantinopel hat die Wahl Abdul Medschids in allen türkischen und europäischen Kreisen einen vortrefflichen Eindruck gemacht.

Die französischen Radikalsozialen für Annäherung an Deutschland.

Marseille, 19. November. (Havas.) Der Kongreß der sozialistisch-radikalen Partei hat gestern seine Arbeiten beendet. Er forderte eine praktische Lösung gegenüber Deutschland und drückte die Ueberzeugung aus, daß die Lösung des Reparationsproblems die Solidarität der Völker, Kompensation der Schulden, eine internationale Anleihe, Sachlieferungen und Hilfe der deutschen Arbeiter erfordert. Der Delegierte für Marseille forderte eine französisch-deutsche Annäherung, der ein französisch-deutsch-russisches Einvernehmen folgen solle. Der Abgeordnete Herriot erklärte in seiner Antwort: Wir werden mit dem deutschen Volke nicht früher zusammentreten, als bis es selbst seine Finanz- und Industriemagnaten nötig hat, das zu zahlen, was sie zahlen sollen und was sie bisher zu tun sich weigerten.

Die Arbeiterführer im englischen Parlament.

London, 19. November. (Amst. Radio.) Dem „Observer“ zufolge wird Ramsay MacDonald als Haupteinpeitscher der Arbeiterpartei im Unterhause berufen. Chines wird wiederum zum Leader dieser Partei ernannt.

Falschenintrigue gegen den „Avanti“.

Rom, 19. November. (Havas.) Das Organ der Faschisten „Popolo d'Italia“ beschuldigt das Blatt „Avanti“, daß es 250.000 Lire, die für die Sungenber in Rußland bestimmt waren, vergeudet habe und fordert das sozialistische Blatt zur Rückstellung dieses Betrages auf.

Forderungen Mussolinis an die Entente.

Zür die Teilnahme Rußlands an der Orientkonferenz.

Lausanne, 20. November. (Schweiz. Dep.-Ag.) Mussolini erklärte Pressevertretern gegenüber, es sei nötig, mit Poincaré und Curzon die Lage der Entente und jene Italiens in ihr zu klären. Entweder sei Italien das Dienstmädchen der Entente oder eine Großmacht. Der Moment sei gekommen, sich klar auszusprechen. Die Unterredung sei von größter Bedeutung für das weitere Bestehen der Entente. Mussolini wünscht die Zulassung Rußlands zu allen Verhandlungen. Bezüglich der Türkei wünscht Italien die Respektierung des Vertrages von Mudania. Die Bestrebungen Bulgariens nach einem Zugang zum Meer unterliege Italien.

„Wink“ an die Kleine Entente.

Paris, 20. November. (Havas.) Mussolini erklärte in einer andern Unterredung, man müsse eine einheitliche Front der Alliierten nicht bloß im Hinblick auf die Türkei, sondern auch auf Deutschland zustandebringen. Man müsse sich auch bezüglich der Kleinen Entente einigen, denn es sei geboten, daß die Mitglieder der letzteren endlich einen gemeinsamen Standpunkt einnehmen und aufhören, dreierlei Politik zu praktizieren. Mussolini gab zu verstehen, daß wahrscheinlich auch ein Vertreter des Vatikan nach Lausanne kommen werde.

Lohnberabteilungen in Wien.

Wien, 19. November. (R.B.) Nach einer Mitteilung des Wiener Industriellenverbandes haben die Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverbande zu einem sechswohigen Provisorium

geführt, wozu die Löhne und Akkorde um ungefähr 11 bis 13 Prozent bei den Professionisten, 14 Prozent bei Hochberdienern und um 10 bis 12 Prozent bei ungelerten Arbeitern herabgesetzt werden.

Die Orient-Vorkonferenz der Entente.

„Herzliche Freundschaft“.

Lausanne, 20. November. (Havas.) Nach Schluß der gestrigen ersten Unterredung in Territet wurde folgendes Kommuniqué verlautbart: Poincaré, Curzon und Mussolini haben den gemeinsamen Entschluß herorgehoben, sämtliche auf der Lausanner Konferenz zu erörternden Fragen im Geiste der herzlichsten Freundschaft und auf Grund der vollen Gleichberechtigung der Alliierten zu regeln. Die alliierten Staatsmänner werden noch heute früh, wahrscheinlich in Dschy, Beratungen pflegen.

Dauernde Unnachgiebigkeit Angoras.

Konstantinopel, 20. November. (Reuter.) Eine am 18. d. M. abgehaltene gemeinsame Sitzung der alliierten Generale mit Rasch Pascha endete ergebnislos. Rasch Pascha blieb in der Polizei- und Gerichtsfrage unnachgiebig und lehnte jede fremde Intervention in innere Angelegenheiten der Türkei ab. Er erkannte den Alliierten nur das Kontrollrecht über die Soldaten und Matrosen zu. Heute findet eine neue Sitzung statt.

Die Werttätigen für die deutschen Reparationsvorschläge.

Berlin, 19. November. Die Zentral-Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands sagte zur Note der Reichsregierung an die Reparationskommission folgende Entschlieung: „Dem Zentralvorstand scheint die Lösung der schwebenden Fragen in dem Sinne der letzten Note der Reichsregierung an die Reparationskommission möglich. Die Zentral-Arbeitsgemeinschaft stellt sich daher auf den Boden des in der Note enthaltenen Programmes. Sie erklärt sich bereit, die Regierung bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen zu unterstützen und ihrerseits alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft produktiver zu gestalten. In Anerkennung der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der Behandlung und Lösung von grundlegenden Fragen der Wirtschaft werden die in der Zentral-Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gemeinschaftlicher Arbeit dahin wirken, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die Vorschläge der Reichsregierung im einzelnen durchzuführen. Die Verbände werden sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß in der Wirtschaft ebenso wie in allen Lebensäußerungen eines Volkes das Gesamtinteresse dem Einzelinteresse vorangehen muß.“

Tages-Neuigkeiten.

Deutsche Schriftsteller anno 1922. Einige Tatfagen! „Anbei das Honorar für die letzten drei Monate: 67.35 Ml. Bitte keine Zusendungen mehr, wir müssen sparen.“ — „Wir bieten Ihnen für den Aufsatz (Anmerkung: etwa 120 Druckzeilen) nebst den fünf Originalphotographien 80 Ml. und bitten den Reders unterschreiben zurück.“ — „Ihre eingewickelte Unkostenrechnung für Porto wird noch einmal zur Zahlung angewiesen; fernerhin kann dies nicht mehr geschehen.“ (Anmerkung: Das Honorar betrug 60 Ml., die Portoauslagen betragen 50 Ml.). — „Es tut uns sehr leid, von Ihren Beiträgen so wenig verwenden zu können; schuld ist die starke Einschränkung und der chronische Raummangel. Das Porto wird Ihnen aber für alle Einsendungen gut geschrieben.“ (Anmerkung: Am Monatsende betrug das Honorar 20.50 Ml., bei 36 Ml. Portoauslagen.) — „Wir bieten Ihnen für den Aufsatz 20 Ml.“ (Anmerkung: Es war ein Aufsatz von 150 Druckzeilen.) — „Anbei das Honorar für den Vormonat und Portoauslagen dieses Monats bis heute. Wir bitten von weiteren Zusendungen abzusehen, weil wir mit Ende dieses Monats das Erscheinen unseres Blattes einstellen.“ — „Wunschgemäß haben wir Ihr Honorar auf 50 Ml. die Zeile aufgebessert, bitten Sie aber, sich so einzurichten, allein von den Bezügen unseres Verlages nicht leben zu wollen.“ (Der Monatsbezug aus diesem Verlag betrug zwischen 100 und 125 Ml.; die Verbesserung von 40 auf 50 Ml. wurde durch Einschränkung ausgeglichen.) — Das Bibliographische Institut in Leipzig hat beschlossen, die seit drei Jahren vorbereitete Neuaufgabe von Meyers Konversationslexikon einzustellen und hat den Mitarbeitern gekündigt, weil es unmöglich sei, das auf zwölf Bände berechnete Werk herzustellen. Die Herausgabe des Werkes würde bei dem heutigen Papier- und Herstellungspreis auf 50 bis 60 Millionen Mark pro Band kommen, ein Betrag, den kein Verlag aufbringen könne. — Aus Antworten der größten Berliner Verlage auf eine Anfrage der „Neuen Berliner Zeitung“ über die vermuthliche Auswirkung der Leuerung geht hervor, daß der Tod der jungen Literatur nicht aufzuhalten ist. Der Verlag S. Fischer sagt u. a., daß das Luxusbuch in kostbarer Ausstattung und das Buch kunsthistorischen und kunstliterarischen Charakters besonderen Anklang finde. Nicht aber, daß das Interesse für Kunstgeschichte unter den Käufern stark ausgeprägt wäre, sondern die repräsentative Aufmachung und das große For-

mat reizt. Unter den jetzigen Verhältnissen haben die jungen Dichter und Schriftsteller besonders zu leiden, weil die Aufnahme neuer Werke überhaupt nicht mehr möglich ist. Eine Hauptmann-Ausgabe komme bei allerbilligster Berechnung auf 5000 Ml., welcher Betrag aber wesentlich erhöht werden müsse; gut ausgestattete Romane kommen mindestens auf 400-500 Ml. — Ähnlich sagte die Deutsche Verlagsanstalt, daß Werke bekannter Autoren, die noch vor vier Wochen 175 Ml. gekostet haben, heute 500 Ml. kosten; 800 Mark wäre der richtige Preis. Werke, die sonst ohne jedes Bedenken vom Verlag angenommen wurden, werden heute nur von solchen Verlegern gedruckt, die gewillt sind, ein großes Risiko zu tragen. Daher wenden sich die deutschen Schriftsteller ins Ausland. In großer Zahl gehen bei den ausländischen Verlegern die Werke ein, so z. B. bei einem holländischen Verlag täglich fünfzig. Der Ernst Romwolt-Verlag berechnet die Kosten für einen Roman mit 12.000 Auflage auf über eine Million Mark. Die Produktion wird daher um etwa die Hälfte zurückgehen. Der Verlag kommt zu dem Schluß: Die ganze Entwicklung bedeutet den absoluten Tod der jungen Literatur, der es heute geradezu unmöglich ist, sich durchzusetzen. Die Schriftstellerei in Deutschland ist in allen ihren Teilen zum Tode verurteilt und liegt in den letzten Tagen. Bestenfalls kann sie noch als Nebenbeschäftigung betrachtet werden für den Ehrgeiz, sich aus Liebhaberei einmal noch geist zu sehen. Und wenn man Glück hat, bringt die brotlose Arbeit noch soviel ein, um damit die Papier- und Portokosten decken zu können. Karl Birner (Konstanz).

Aus dem verbündeten Ausland. Auswärtige Blätter erzählen ganz erstaunliche Dinge über die Schlacht, unter deren Donner in der serbischen Sturpschima der Rüstungskredit angenommen wurde. Es wurde mit Revolvern geschossen, gebot, mit Tintenfüßern und anderen parlamentarischen Utensilien herumgetrieben. Die Opposition hielt vor Eröffnung der Sitzung eine Verammlung ab, in der beschlossen wurde, die gebotenen Kredite zu vertweigern, weil sie unmöglich und geradezu frechhaft seien. Der neue Kriegsminister General Paskich begründete die Notwendigkeit des Kredits damit, daß die innere und äußere Lage Jugoslawiens ihn erheische. Er schlug vor, eine eingehendere Begründung in einer geheimen Sitzung zu geben. Nach der Räumung der Galerien und gleich nach Beginn der geheimen Sitzung erhob sich ein unbeschreiblicher Lärm; es wurde gepöflet, gepöflet, und geschossen. Der unzufriedenliche Abgeordnete Mirkovic verließ, von einigen Kollegen gestützt, blutüberströmt den Saal; er hatte einen Faustschlag erhalten. Auch der Radikale Rostic wurde verwundet. — Alle Achtung! Die serbische Regierung versteht es großartig, der Idee der Abrüstung mit friedlichen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen!

Ein bestialischer Unteroffizier. Für die Verhältnisse in der tschechischen Armee bezeichnend ist eine Meldung der Brünner „Kobnost“. Beim siebensten tschechoslowakischen Kavallerie-Regiment in Bienen dient ein gewisser C. Stanel, welcher vergangenen Montag vom Rotmeister Wenzel Reme im wahren Sinne des Wortes gepeinigt und bestialisch gemartert wurde, und zwar deswegen, weil der Soldat die von Melasse beschmutzten Pferde nicht genügend gereinigt hatte. Rotmeister Reme stürzte sich auf Stanel und behandelte ihn so, daß sich dieser nunmehr in Lebensgefahr befindet. Bei der Uebung peitschte er das Pferd, auf dem Stanel saß, so, daß der Soldat vom Pferde abspringen mußte, um vor einem schweren Unfall behütet zu sein. Dafür wurde er vom Rotmeister unbarmherzig in die Waden gestochen. Dabei schrie der Rotmeister den Soldaten an: „Du hättest schon längst erschlagen sein müssen“. Diese Scene wiederholte sich einigemal. Der Rotmeister sagte auch zum Stanel: „Ich werde Dir so lange auf den Hals treten, bis Du hin sein wirst“. Infolge dieser schweren Verfolgungen bekam Stanel einen schweren Nervenschlag und wurde bewußtlos. Nunmehr liegt er im Brünner Garnisonsspital schwer krank darnieder; er hat die Sprache verloren und bisher nicht wieder erlangt. Wie die „Kobnost“ bemerkt, hat Rotmeister Reme bereits ein Soldatenleben am Geiweiss; er hat nämlich einen Soldaten zum Selbstmord getrieben. Wir sind begierig, was das Brünner Militärkommando zu diesem unerhörten Vorfalle zu sagen hat.

Das Terrorgefch. Nach dem Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter im Wilhelmshof bei Tschau erstarb die Gendarmrie gegen vier Arbeiter und den Genossen Anton Wach die Anzeige wegen Vergehens gegen das Terrorgefch. In dieser Angelegenheit fanden zwei Verhandlungen beim Bezirksgerichte in Tschau statt. Bei der zweiten Verhandlung wurden die fünf angeklagten Schwereverbrecher, die lediglich das Interesse der Organisation und der Arbeiter gewahrt hatten, verurteilt und zwar: Der Gewerkschaftssekretär Genosse Anton Wach zu 10 Tagen Arrest oder 400 Kronen, die übrigen Angeklagten zu je 3 beziehungsweise 4 Tagen Arrest oder 100 bis 150 Kronen. — Wir wollen mit dem urteilshällenden Richter nicht weiter rechten, obwohl es eine ganz eigentümliche Sache ist, einen Gewerkschaftssekretär, der vom Streike nachgesehenemachen adriert, wegen Anstiftung zum Streike zu verurteilen. Die verurteilten Genossen erhoben gegen dieses Klassenurteil beim Kreisgerichte in Eger die Berufung. Dort wurde nun in der Berufungsverhandlung am 11. November l. J. das erstinstanzliche Urteil bestätigt. Somit wurde nun von den bürgerlichen Gerichten allzular ausgesprochen, daß Arbeiter nicht das Recht besitzen, zur Verbesserung ihrer Arbeits- und

Lohnverhältnisse in den Streik zu treten. — Diese Verhandlungen fanden — nebenbei gesagt — an Tagen statt, an denen kein Reich gesprochen werden durfte.

Ein Monarchistenummel in Wien. Die die Korrespondenz Wilhelm meldet, wollten die der Partei der schwarz-gelben Legitimisten angehörige Teilnehmer einer für den ältesten Sohn des ehemaligen Kaisers, Otto, veranstalteten Messe, nach Beendigung in geschlossenem Zuge vom Liebenbergdenkmal über die Ringstraße zum Parlament ziehen. Sie wurden von der Wache aufgefordert, auseinander zu gehen. Die Demonstranten leisteten der Aufforderung keine Folge. Der Oberst des Ruhestandes Wolff wurde, weil er seine Anhänger aufforderte, auf dem Platz zu bleiben, dem Polizeikommissariat überstellt. Die Demonstranten wurden hierauf zerstreut und Oberst Wolff und noch 22 andere Personen dem Amte übergeben. Die Verhafteten wurden polizeilich bestraft. Außerdem wird das strafgerichtliche Verfahren gegen sie eingeleitet werden.

Ein Ehrenhonorar für Kautsky. Die der „Wohlfahrt“ erfährt, soll Kautsky von den tschechoslowakischen sozialistischen Verlegern ein Ehrenhonorar ausgezahlt werden, mit Rücksicht darauf, daß seine Werke bisher ins Tschechische übersetzt wurden, ohne daß der Autor irgend ein Honorar erhalten hätte.

Die griechischen Minister zum Tode verurteilt. Das Revolutionsgericht in Athen hat den General Dusanis und den gewesenen Ministerpräsidenten Gunaris und seine Genossen zum Tode verurteilt. Die Freunde und Anhänger der verurteilten Minister und Generale haben bei den alliierten Mächten und in Belgien eine Aktion zur Milderung dieses Urteils unternommen.

Konferenz der Bäckereiarbeiter in Teplitz-Schönan. (Eigenbericht.) In Teplitz fand gestern eine Konferenz der Bäckereiarbeiter statt, die vom Zentralverband der Lebens- und Gemüsnitarbeiter zur Berichterstattung über den internationalen Bäckereiarbeiter-Kongress einberufen worden war. Es wurde über die gefällige Beseitigung der Nacharbeit in den anderen Ländern berichtet und gefordert, daß der Kampf um ein solches Gesetz auch bei uns zu Ende geführt werden müsse. Eine von den Unternehmern einberufene Schiffenversammlung zeigte, daß alle Gehilfen mit den Forderungen ihres Verbandes einverstanden sind und brachte den Unternehmern keinerlei Erfolge.

Gemeindevahlen in Havran. Der Ausgang der Gemeindevahlen in Havran (Bez. Brüx) bedeutet angesichts der Tatsache, daß unsere von den Kommunisten zerstörte Organisation nur wenige Wochen vor der Wahl neugegründet werden mußte, einen großen Erfolg für uns. Auf die gemeinsame deutsch-bürgerliche Liste entfielen 239, auf die deutschen Sozialdemokraten 128 und auf die beteiligten Tschechen 71 Stimmen. Wir erlangen demnach fünf (früher sieben), die bürgerlichen acht (sechs) und die Tschechen zwei (zwei) Mandate.

Eine Schieberei mit Palschern hatten Donnerstag nachts Grenzgendarmen in der Nähe des Steinbruchs bei Neugersdorf. Von den Palschern, die auf Kalktrasse nicht stehen bleiben wollten, wurden vier festgenommen.

Der Millionendiebstahl in Kuffitz. Durch die energischen Nachforschungen der Polizei und Gendarmen ist es gelungen in nur einem Mann festzunehmen, der dringend verdächtig ist, der Haupttäter des Millionendiebstahls in Kuffitz zu sein. Der Mann nannte sich Josef Wabra, heißt aber Kral. Er wurde gleichzeitig bei einem Einbruchversuch in nur zusammen mit dem berühmtesten Einbrecher Fleck aus Jungbunzlau verhaftet. Kral hat sich, wie jetzt nachgewiesen wurde, auch an einem Einbruch in das Schuhwarengeschäft der Firma R. Schlegel Söhne in Teplitz beteiligt. Er wurde feinerzeit verhaftet, doch mangels an Beweisen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bergarbeiterstreik in Nordwestböhmen.

Der Streikbeschluss.

Sonntag, den 19. d. M. fand in Brüx eine neuerliche Konferenz der Betriebsräteobmänner des nordwestböhmerischen Braunkohlenreviers statt. Auf der Konferenz waren 123 Schächte des gesamten Reviers, somit alle Schächte des Reviers durch ihre Betriebsobmänner vertreten. Genosse Wohl und Abg. Dragl erstatteten den Bericht, über die resultarlos verlaufenen Verhandlungen in Prag. Daraus wickelte sich eine Debatte ab, an der sich vierzehn Betriebsräteobmänner beteiligten. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, am 20. Oktober um sechs Uhr früh mit dem Revierstreik einzusetzen.

Freitag Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Montag, den 20. November fand in Prag eine Sitzung der koalitierten Bergarbeiterverbände statt, in welcher die Beschlüsse der Betriebsobmännerkonferenz vom 19. d. M. in Brüx und über den am 20. d. M. begonnenen Revierstreik im nordwestböhmerischen Kohlengebiet Bericht erstattet wurde. Nach längerer Beratung wurde be-

schlossen, für Freitag, den 24. November nach Prag eine Reichskonferenz der Bergarbeiter einuberufen, welche sich mit der gegenwärtigen Situation beschäftigen und die entsprechenden Beschlüsse fassen wird. Die koalitierten Verbände nehmen den Beschluß der Betriebsräte-Obmännerkonferenz in Brüx zur Kenntnis, demzufolge die streikenden Bergarbeiter für die Gruenerhaltung und für die Aufrechterhaltung des Betriebes, der den Werken angeschlossenen Elektrizitätswerke sorgen werden, so lange nicht die Staatsorgane einseitig zugunsten der Unternehmer eingreifen. Diesen Beschluß der Betriebsräte-Obmännerkonferenz werden die koalitierten Bergarbeiterverbände der Regierung zur Kenntnis bringen.

Der erste Tag des Streikes.

Brüx, 20. November. (Eigenbericht.) Der Streik ist allgemein. Es hat sich bereits ein Streikkomitee konstituiert, zu dessen Obmann Genosse Kofron gewählt wurde. Auffallend ist, daß schon jetzt die verschiedenen Betriebe und Krankenhäuser Ansuchen um Zuweisung von Kohle eingebracht haben. Das Streikkomitee kann und wird aber nur den Bezug von Kohle durch jene Schächte anweisen können, welche arbeiten.

schäft der Firma R. Schlegel Söhne in Teplitz beteiligt. Er wurde feinerzeit verhaftet, doch mangels an Beweisen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zwei Bergarbeiter erschossen. Freitag wurden auf dem Johann I-Schachte in Brüx im Reviere Ost III die Häuer Johann Wardenischky aus Biquitz und Josef Mad aus Brüx durch Einsturz der Stollenwände erschossen. Beide erlitten schwere Verletzungen. Mad, der sofort ins Brüxer Bezirkskrankenhaus gebracht werden mußte, ringt mit dem Tode.

Einladung einer Steingewerkschaft. Bei Schachtarbeiten, die in der englischen Grasschaft Surrey vorgenommen wurden, wurde bei Wisley eine alte Siedlung ausgebeutet, die nach der Ansicht von Archäologen dem Steinzeitalter angehört. Die Reste sind dank der darüber liegenden Sandsticht in ungewöhnlich gutem Zustande.

Das Brot wird billiger. Das deutschgeschriebene Prager Regierungsorgan meldet: In einer im Laufe dieser Woche im Ernährungsministerium stattfindenden Enquete, soll die Frage der Verabfolgung der Preise für Weisgebäd und Schwarzbrot gleichzeitig mit der Frage der Zulässigkeit der Nacharbeit in den großen Bäckereien erwört werden. Veranlassung zur Aufstellung dieser Fragen bilden die seitens der Arbeiterschaft erhobenen Beschwerden, daß die des Morgens zur Arbeit Gehenden gezwungen sind, sich altes Brot mitzunehmen, da gegenwärtig erst in den Morgenstunden mit dem Brotbacken begonnen werden darf. Auch der Umstand würde für die Neuerung sprechen, daß die Kleinbäcker bereits in der Nacht backen und so in der Lage sind, ihren Abnehmern in den Morgenstunden frisches Gebäck zu liefern. Die Preise für Weisgebäd sollen auf 16 Heller pro Stück und die Brotpreise in entsprechendem Verhältnis herabgesetzt werden. Die achtstündige Arbeitszeit würde bei Einführung der Nacharbeit in keiner Weise verfehrt werden.

In der Reihe der Jubiläumsfeierlichkeiten des Prager Zentralverbandes der Handels- und Industrieangestellten fand am Samstag im Repräsentationshaus eine künstlerische Akademie unter Mitwirkung von Mitgliedern des deutschen und tschechischen Theaters statt. Am Sonntag vormittags wurde das neue Haus des Zentralverbandes in der Jungmannstraße feierlich übergeben. In dem modernen

viertelständigen Neubau werden auch die Kanzleien der Prager Angestelltenorganisationen untergebracht. Am Nachmittag fand die Grundsteinlegung des neuen vom Verband der Industrieangestellten ins Leben gerufenen Sanatoriums statt, anschließend daran ein Besuch der Gräber der verstorbenen Funktionäre des Verbandes, an dem auch die auswärtigen Gäste teilnahmen. Den Abend beschloß wieder eine künstlerische Veranstaltung.

Erforschen aufgefunden. Dieser Tage lehrte der Oekonom Anton Stana vom Markte in Munkacs mit zwei jungen Stieren in seine nahe Heimatgemeinde zurück. Er hatte auf dem Markte gut abgeschnitten und so gönnte er sich auf dem Wege einen offenbar ausgiebigen Trunk. Er kam aber nicht nach Hause. Am anderen Tage fand man den Oekonom nicht weit von seiner Ortsgemeinde erforschen auf, während die jungen Stiere einige Schritte ruhig weiterliefen.

Aus dem Fenster gestürzt. Sonntag, nachmittags stürzte sich aus einem Fenster des zweiten Stockes der Klinik des Prof. Wagner in Prag die 30jährige Kronleuchtpflegerin Veriba Douda in den Hof und blieb tot liegen. Das Motiv der Tat ist unheilbare Krankheit.

Mutter und Sohn vom Juge gerädert. Die Schülerin Barbara Veranel aus Vega fuhr am Freitag, den 17. d. M. mit dem Sohne auf dem Markt nach Jungbunzlau. Der Sohn lenkte die Pferde und beide saßen unter einer Decke im Wagen. An der Stelle, wo der Juge die Straße überschreitet, wurde der Wagen von ihm ergriffen. Der Wagen wurde vollkommen zertrümmert und die Veranel mit ihrem Sohne in furchtbarer Weise getötet. Dem unglücklichen jungen Mann wurde der Kopf abgeschnitten und seine Mutter zu einer formlosen Masse zermalmte. Den an den Wagen gespannten Pferden geschah nichts. Ebenso blieben die Gänse, die sie auf den Markt führten, am Leben.

Eine Arbeitertragödie. Der Arbeiter Bzolek aus Prag-Baumgarten arbeitete seit einer Reihe von Jahren in der Chrudimer Jutesfabrik. Donnerstag trank er zu viel und wurde deshalb aus der Arbeit entlassen. Als er zwei Tage vergeblich um Wiederaufnahme in die Arbeit bat, erhängte er sich auf einem Baume gerade gegenüber den Fenstern des Kontrollors Khabal, der sich am meisten seiner Wiederaufnahme widersetzte.

Gerichtssaal.

Der Terrorprozeß gegen die Ringhofferarbeiter.

Prag, 20. November. Vor dem Bezirksgericht in Prag-Smichow fand gestern die schon zu wiederholtenmalen verlagte Verhandlung im Terrorprozeß gegen die Ringhofferarbeiter statt. Bei diesem Prozeß handelt es sich bekanntlich um die Vorfälle im Jänner dieses Jahres in den Ringhofferwerken. Damals wurde der Arbeiter Havlena, der der gelben Gewerkschaft „Rudni Druženi“ angehört, von der Arbeiterschaft gezwungen, den Betrieb zu verlassen. Die Verhandlung mußte wegen Vorladung neuer Zeugen abermals, und zwar das vierte mal, verlagert werden. Die Angeklagten werden von Dr. Melisner verteidigt.

Verurteilung eines hakenkreuzlerischen Ehrenmannes.

Der Redakteur der „St. Joachimsbäler Zeitung“ wegen Verleitung zu falscher Zeugenaussage in einem Monat Kerker verurteilt.

Am Freitag wurde in Eger der Redakteur der „St. Joachimsbäler Zeitung“ Herrmann Meyer wegen Verleitung der beiden Zebränge Josef Spies und Josef Müller zu falscher Zeugenaussage zu einem Monat Kerker unbedingt verurteilt. Herrmann Meyer hat im Jahre 1920 die Stadtvertretung von Joachimsbäl in einem Artikel seines mit einem Hakenkreuz geschmückten Blattes beschimpft und beleidigt. Bei dem von der Stadtgemeinde angestrebten Ehrenbeleidigungsprozeß erklärte Meyer, den Artikel nicht gelesen zu haben; seine beiden Zebränge Spies und Müller sagten damals aus, Meyer hätte an dem besagten Tage die Stadt verlassen wollen und sie könnten daher nicht behaupten, daß er den Artikel gelesen habe. Später kamen die beiden jedoch zum Joachimsbäler Bezirksgericht und machten die Anzeige, daß sie zu ihrer Aussage von Meyer gezwungen worden seien und daß Meyer den Artikel selbst verfaßt habe. Bei der Verhandlung am Freitag gab Meyer zu, den Inhalt des Artikels vor der Drucklegung gekannt zu haben, erklärte jedoch, daß die Angabe der Zebränge unwahr sei und daß es sich um einen Nachschalt handelt. Seine Aussprüche halfen ihm jedoch nicht, er wurde nach durchgeführtem Beweisverfahren zu der oben angeführten Strafe verurteilt. Josef Spies und Josef Müller wurden wegen falscher Zeugenaussage zu je einem Monat bedingter Kerker verurteilt. — Der „Ehrenmann“ Meyer hat einen Erfolg auf seiner Lebensbahn zu verzeichnen: er hat zwei junge, unerfahrene Leute in den Kerker gebracht. Ihm selbst als hakenkreuzlerischen Ehrenmann...

Der Königl. preussische Kammerfänger.

Prag, 20. November. Ein Prager Buchhändler traf auf der Straße einen ihm bekannten Advokaten. „Gut, daß ich Sie treffe, Herr Doktor! Ich habe eine große Bitte an Sie.“ — „Sie wissen, ich stehe Ihnen jederzeit gerne zu Diensten.“ — „Die Sache ist nämlich so: Ein Berliner, königlich preussischer Kammerfänger, namens Juana Lorie wurde gerne tschechoslowakischer Staatsbürger werden. Dagegen wollte ich Sie bitten, ob Sie nicht jemanden hätten, der die Sache regeln würde. Mein Mann ist von gutem polnischen Adel, schwer reich und würde sich der Gemeinde, die ihn das Heimatsrecht bewilligt, natürlich entsprechend erkenntlich zeigen.“ — „Aber natürlich, lieber Freund! Läßt sich machen, diese Geschichte. Mein Freund, der Bürgermeister von Pabostbice wird mit sich reden lassen.“ — „Also auf Wiedersehen, Herr Doktor! Meinen herzlichsten Dank im vorhinein! Ich verlasse mich ganz auf Sie.“ — „Natürlich, natürlich! Wird gemacht! Poffona!“ — Der Bürgermeister von Pabostbice ließ sich mit sich reden. Die Gemeindevorordneten auch. Denn der Prager Advokat hatte bereits 500 K für eine Feuerspritze erlegt und für eine Feuerspritze kann man schon etwas machen. Und so wurde ein Besuch an die pol-

Copyright 1922 by Der Wall-Verlag, Berlin-Potsdam.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (20)

Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Ich stieg aus, bezahlte den Chauffeur und bahnte mir einen Weg. Während er sich erhob, sah ich einige der von Zimmermann gesprochenen Worte; was er sagte, schien mir völlig harmlos. — Sie seien alle Brüder, müßten einander lieben, einander sich gegenseitig nichts Böses tun. War es denn wirklich notwendig, daß dieser Mann schon vor dem Frühstück seine Vorkost verkündete? Ich blickte mich um, bemerkte, daß ich mich im Judenviertel der Stadt befand; überall waren die seltsamen Schriftzeichen zu sehen. „Herrgott, dachte ich, „will er denn die Juden bekehren?“ Ich drängte mich weiter vor, erblickte einen Polizisten, fragte ihn: „Was gibt es da?“ Ich sprach, wie ein Mensch redet, der nach der neuesten Mode gekleidet geht, und er gab mir in gegenseitigem Ton Antwort: „Weiß der Teufel. Wir wurden wegen eines Aufruhrs herkommandiert und jetzt scheint es sich um eine religiöse Versammlung zu handeln.“

Der Polizist berichtete mir einiges, andere Umstehende ergänzten seine Geschichte. Eine Jüdin, die frühzeitig einkaufend ging, hatte sich über das falsche Gewicht beklagt, der Metzger hatte ihr geboten, den Laden zu verlassen, worauf sie ihm ihre Ansichten über Profitieren mitteilte und er sie aus dem Laden hinauswarf. Sie blieb auf dem Trottoir stehen, brüllte, bis sich alle Frauen der Nachbarschaft einfanden. Die Wut gegen die Preissteigerung, mit der die Lohnerhöhung nicht gleichen Schritt hielt, hatte alle

Dämme gesprengt, die Frauen waren in den Metzgerladen gestürzt, um ihn zu plündern und dem Metzger einen Denksettel zu geben. Zimmermann mußte also wieder einmal eine wütende Menge beschwichtigen.

„Sie wissen ja, wie es ist,“ sagte der Polizist. „Diese armen Teufel können tatsächlich kaum leben; dabei heißt es immer, die Preise gingen herunter, doch scheint dies bloß in den Zeitungen zu geschehen.“

„Nun,“ meinte ich, „Sie sind wohl ganz froh, daß ein anderer für Sie die Arbeit übernommen hat.“

Er grünte: „Darauf können Sie wetten. Ich habe schon mit Weibern zu tun gehabt, man will doch nicht auf sie einschlagen, und sie tragen einem das Gesicht. Ich glaube, unser Hauptmann wird den Kerl nach Herzenslust schimpfen lassen, auch wenn es den Verkehrt stört.“

Wir tauschten eine Weile. „Bedenket, meine Freunde, daß ich zu euch kam, und euch nicht verlassen werde. Ich werde euch meine Gerechtigkeit und meine Freiheit geben. Eure Sache ist meine Sache von Ewigkeit zu Ewigkeit. Amen.“

„Heiliger Gott,“ meinte der Polizist. „Wenn Sie mühten, was für Bödsinn wir oft anhören müssen. Was glaubt dieser Kerl in Abrahams Nachkommend eigentlich, daß er tun könnte?“

Und Zimmermann sprach: „Die Tage der Ausbeuter sind gezählt. Die Tyrone der Mächtigen wanken, die Erde wird jenen gehören, die arbeiten. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, und jene, die fett wurden vom Blute des Volkes, sollen wiederum mager werden.“

„Was sagen Sie dazu?“ fragte der Hüter der Ordnung. „Wenn das keine bolschewistische Rede ist, dann bin ich ein Narr. Unser Hauptmann wird nicht mehr lange geduldig zuhören.“ Glücklicherweise wurde die Geduld des Po-

lizehauptmanns nicht länger auf die Probe gestellt. Der Redner hatte seinen Höhepunkt erreicht. „Das Reich der Gerechtigkeit ist nahe. Das Wort wird ausgesprochen, der Weg bereitet werden. Inzwischen, mein Volk, geh in Frieden deiner Wege. Vermeidet alle Unruhen, auf daß sie nicht auf euch niederziehen die Verachtung jener, die euer Leid nicht begreifen und nicht den Kummer der Armen teilen. Friede sei mit Euch!“ Er hob die Arme; Murren antwortete ihm, und die Menge zerstreute sich langsam.

Dies schien meinen Bekannten daran zu gemahnen, daß er seine Autorität wahren müsse. Er stieß seinen Stok in die mageren Rücken jüdischer Schneider und die hängenden Bäuche der jüdischen Hausfrauen. „Vorwärts, vorwärts! Stört nicht den Verkehr.“ Ich drang, wohl dank meiner guten Kleidung, ungehindert vor, packte Zimmermann beim Arm und sagte: „Kommen Sie, wir wollen ins Gewerkschaftshaus gehen.“

25.

Natürlich folgte uns ein Teil der Menge, und ich redete eifrig auf Zimmermann ein, um den Leuten begreiflich zu machen, daß wir sie nicht brauchten. Doch noch ehe wir den nächsten Block erreicht hatten, fühlte ich, daß jemand meine Hand berührte und eine Stimme sprach: „Verzeihen Sie, ich bin der Reporter des „Abend-Schreie“.“

Ich hatte ja gehofft, daß dies unvermeidlich kommen müsse, hatte gehofft, daß ich mich dem aussehe, da ich ausging, um mich Zimmermann anzuschließen. Ich hatte ihn warnen, ihm erklären wollen, was unsere Presse ist, doch wie hätte ich ahnen können, daß er noch vor dem Frühstück in einem Aufruhr geraten, die Polizeireporen und die Polizeireporter aufzusuchen würde?

„Entschuldigen Sie,“ entgegnete ich kalt. „Wir haben eine wichtige Angelegenheit.“

„Ich wollte bloß die Rede dieses Herrn.“

„Wir sind auf dem Wege nach dem Gewerkschaftshaus. Wenn Sie in einigen Stunden dorthin kommen, so werden wir Ihnen ein Interview gewähren.“

„Aber ich brauche es für die erste Ausgabe; die wird schon früher in Druck gegeben.“

Ich hielt Zimmermann fest am Arm und zwang ihn weiterzugehen. Der Reporter vermochte ich nicht abzuschütteln, doch war ich entschlossen, rücksichtslos meine Warnung vortzubringen. Ich sagte daher: „Es ist äußerst wichtig, daß Sie diese Sache richtig verstehen, Herr Zimmermann. Dieser junge Mann vertritt eine Zeitung; was immer Sie ihm sagen, wird in wenigen Stunden von etlichen hunderttausend Menschen gelesen werden. Wenn es eine Sensation ist, so wird die kontinentale Presse es durch das ganze Land telegraphieren, etliche hundert Zeitungen in den Staaten werden es veröffentlichen.“

„Zweihundertundsiebenunddreißig Zeitungen,“ verbesserte der junge Mann. „Sie sehen also, daß es nötig ist, in Ihren Worten äußerst vorsichtig zu sein, weit vorsichtiger, als wenn Sie zu einer Handvoll mexikanischer Arbeiter und jüdischer Hausfrauen sprechen.“

„Ich begreife nicht, was Sie meinen,“ entgegnete Zimmermann. „Ich spreche doch die Wahrheit.“

(Fortsetzung folgt.)

tsche Landesbehörde abgeschickt, in dem die Gemeindevertretung von Podostivie beständig, dem königlich preussischen Kammerfänger Juan Lorie Kurie das Heimatsrecht im schönen Podostivie erteilt zu haben. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Der königlich preussische Kammerfänger kam aus Deutschland, um sich seine neue Heimat anzuschauen. Und ganz Podostivie rortete sich im Sturm zusammen, denn aus dem Kammerfänger entpuppte sich der Geschäftsfreisende Aron Jzig Kurie aus Tarnopol. Die Gendarmerie und die Ortspolizisten mühten rasch eingreifen, um ein Pogrom zu verhindern. Den Radostivierern hatte sich nämlich ihr neuer Bürger so schnell verleiht. — Die Geschichte ist damit noch nicht zu Ende. Der Bürgermeister von Radostivie sah sich vor seinen Mitbürgern blamiert und wollte sich reinwaschen. Er schrieb an seinen Prager Freund, den Advokaten, einen Brief, in dem es hieß: „Du Saujud, du Hund, wenn du nochmal in unsere Gassen kommst, so haben wir dir und deinem preussischen Kammerfänger aus Tarnopol die Presse ein...“ usw. Der Advokat ließ sich natürlich die Anfechtungen nicht gefallen und klagte den Bürgermeister von Podostivie wegen Ehrenbeleidigung. Der Bürgermeister war heute bei der Verhandlung ganz gerührt und sagte: „Ja, wissen Sie Herr Doktor! In einer Gemeindevertreterversammlung sind die Leute über mich hergefallen und ich habe den Brief schreiben müssen. Es tut mir ja leid, was ich geschrieben habe. Der Advokat, mein Freund, kann doch nichts dafür, daß er auch einmal hineingekleidet wurde. Und der Kammerfänger — ich weiß nicht, ob er noch einmal nach Podostivie wird kommen wollen.“ — Der Bürgermeister wurde schließlich zu 500 K Geldstrafe verurteilt.

Balkenwirtschaft und Sozialpolitik. Mobilisierten Arbeitern gebührt Entschädigung laut § 1154 D.

Eine Plenarentscheidung des Obersten Gerichtes über den Anspruch der Arbeiter auf das Entgelt im Falle der Mobilisierung. Als im Herbst 1921 infolge der Mobilisierung zahlreiche Arbeiter zur militärischen Dienstleistung einrücken mußten, verlangten sie vom Unternehmer die Bezahlung des Entgelts gemäß § 1154b des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches. Die Unternehmer lehnten die Bezahlung unter Hinweis darauf ab, daß die Einrückung anlässlich der Mobilisierung kein „wichtiger Grund“ sei, welcher den Unternehmer zur Bezahlung des Entgelts verpflichtet.

Die Gerichte urteilten in der verschiedensten Weise. Viele von ihnen wiesen die Klagen der Arbeiter zur Gänze ab, andere gaben ihnen teilweise, andere wieder zur Gänze statt. In einem Einzelfalle gelang es, die Sache bis vor das Oberste Gericht zu bringen, welches schon damals für den Anspruch der Arbeiter entschied. Da aber die meisten Fälle, insbesondere jene, über welche die Gewerbegerichte entschieden, nicht vor das Oberste Gericht kamen, rief ein vollständiger Wirrwarr in der Judikatur ein, so daß der Zustand, wonach in dem einen Orte die Arbeiter zu ihrem Rechte kamen, in dem anderen Orte entweder gar nicht oder nicht zur Gänze, einfach unerträglich wurde.

Die Zentralgewerkschafts-Kommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nun durch ihren Vertreter Dr. Peller unter Darstellung der einander völlig widersprechenden Rechtsprechung der Gerichte beim Justizministerium beantragt, eine Plenarentscheidung des Obersten Gerichtes zu probuzieren. Das Justizministerium gab diesem Antrag Folge, und nun hat das Oberste Gericht mit der Entscheidung E. Nr. 47.517/22 in einer Sitzung des Plenarsenates dahin entschieden:

„daß ein wichtiger Grund nach § 1154b allg. B.-G. im Wortlaut des § 1 des Ges. vom 1. April 1921, S. 155, der die Person eines Arbeitnehmers betrifft, auch eine Einberufung zum aktiven Militärdienst während der Mobilisierung ist.“

Ueberaus interessant ist die Begründung, der Entscheidung, in der es u. a. heißt:

Gemäß § 1154b des B.-G. ist jede Begebenheit durch den Arbeitnehmer unverschuldet, die sich in seiner Person ereignet und die ihm die weitere Ausübung des Dienstes oder der Arbeit verwehrt. Da das Gesetz den aktiven Militärdienst nicht ausdrücklich ausschließt, ist unter den allgemeinen Begriff des wichtigen Grundes, auch dieser Dienst mit einzuschließen.

Die Entscheidung verweist darauf, daß sowohl in den Materialien (Motivbericht) zum § 1154b des B.-G. selbst, als in jenen zum Gesetze vom 1. April 1921, Nr. 155 S. 155, der Antritt des Militärdienstes als ein solcher wichtiger Grund ausdrücklich angeführt ist.

Diese Auslegung entspricht — sagt die Entscheidung — aber auch der Absicht und dem Geist des Gesetzgebers, der „die Verbesserung und die Festigung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterschaft, durch die Regelung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse und in der Folge auch deren Sicherstellung auch für den Fall der unverschuldeten Unmöglichkeit der Vollenbung der Arbeit oder des Dienstes wenigstens für die erste Zeit“ beabsichtigt. Es sollen bei Eintritt eines solchen Ereignisses dem Arbeiter die Einkünfte für einige Zeit gewahrt bleiben.

Die Entscheidung verweist auf die diesbezüglichen Bestimmungen der für die Handlungsgehilfen und Staatsbeamten geltenden Gesetze vom 16. Jänner 1910, Nr. 26 und vom 13. Jänner 1914, Nr. 9.

Weiters hebt die Entscheidung ausdrücklich hervor, daß weder die dem eingrückten Soldaten durch den Staat gewährte Versorgung, noch der seiner Familie gewährte Unterhaltsbeitrag die Verpflichtung zur Zahlung des Entgelts aufhebt und begründet das in überaus zutreffender Weise damit, daß ja der einrückende Soldat in der Mobilisierungsumschichtung aufgefördert wird, nicht nur Nahrungsmittel für einige Tage, sondern auch Dinge, die für die erste Versorgung notwendig sind, wie Schuhe, Decken usw. mitzubringen, was ihm größere Auslagen verursacht. Auch die Unterhaltsbeiträge werden erst geraume Zeit nach der Einrückung ausgezahlt, so daß die Familie des Eingrückten ohne Subsistenzmittel dastünde.

Auch die Einwendung der Unternehmer, welche sich auf den § 4 der Vdg. vom 26. Oktober 1921, Nr. 380 S. 1, stützt, widerlegt die Entscheidung gründlich. Dieser § 4 sagt nämlich, daß dem Arbeitnehmer, der wegen des Militärdienstes seine Dienstpflichten nicht erfüllen kann, kein Lohn gebührt, wenn nicht durch Rechtsvorschriften oder Verträge etwas anderes bestimmt wird. Die Unternehmer behaupten nun, solche Rechtsvorschriften bestünden nur für die Handels- und Staatsangestellten, während der § 1154b des B.-G. über die Einrückung zum Militärdienst keine ausdrückliche Vorschrift enthält. Die Entscheidung führt nun aus, die Ansicht der Unternehmer, als solle der § 4 der Vdg. die Vorteile derselben nur den Handels- und Staatsangestellten sichern, widerspreche den Grundsatzen der sozialen Gesetzgebung. Die Verordnung sollte den Schutz der Arbeitnehmer erweitern und nicht einengen.

Wir wollen hoffen, daß die Frage des Entgelts in diesem Falle nicht mehr akut werden wird, und daß es zu keiner neuen Mobilisierung mehr komme. Wir sprechen hier unsere Verwunderung darüber aus, daß durch die Entscheidung des Obersten Gerichtes wenigstens das wenige, was das Gesetz dem eingrückten Arbeiter gewährt, sichergestellt wird. Andererseits haben aber gewiß viele Arbeiter, welche im Jahre 1921 anlässlich der Mobilisierung einrücken mußten, das Entgelt noch nicht erhalten. Diese können nunmehr unter Berufung auf die Plenarentscheidung des Obersten Gerichtes E. Nr. 47.517/22 ihre Ansprüche geltend machen.

Das Kreisgericht in Leitmeritz hat mit Datum vom 21. Oktober eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes als Revisionsgericht bekanntgegeben, nach welcher in der Rechtsache des Edward Grimmer, Bauarbeiters in Frieda gegen den Teilschener Baumeister Alois Friedrich, der Berufung des Bauarbeiters, der seinen Vorgesetzten auf Auszahlung des durch die Mobilisierung entgangenen Lohnes geklagt hatte, stattgegeben wird. Alois Friedrich hat dem Kläger nicht nur den erlangten Lohn, sondern auch die Kosten des Berufungs- und Revisionsverfahrens bei Androhung der Exekution zu zahlen.

Der Banknotenumlauf in der tschechoslowakischen Republik beträgt nach dem letzten Ausweis des Bankamtes 9708.291.000 Kronen, gegen die Vorwoche um 243.243.000 Kronen weniger.

Die unanagehigen Banken. Bekanntlich wurde versprochen, daß die Banken die Kredite, welche sie den Industriellen und Kaufleuten gewähren, mit einem niedrigen Zinssatz ankupfen werden, um damit einen der Gründe der gegenwärtigen Krise aus der Welt zu schaffen. Selbstverständlich wäre das eines der geringsten Opfer gewesen, zumal sich die Banken in jeder anderen Beziehung, nicht zuletzt an ihren Beamten selbst, schadlos zu halten verstehen. Nun teilt die „Prager Presse“ mit: „Wie wir hören, deuten vorberhand die Banken nicht daran, eine derartige weitere Herabsetzung durchzuführen. Es wurden weder Verhandlungen unter den Banken geführt, noch kann ein bestimmtes Datum für die Herabsetzung genannt werden. Die Banken machen jede weitere Herabsetzung des Lebzugsfußes von einem allgemeinen Preisabbau, von einem Abbau der Spesen und Gehälter abhängig.“ — Das gestrige „Cesta Slova“ fügt folgende Bemerkung zu dieser unerhörten kapitalistischen Arroganz: „So hat es sich von neuem erwiesen, daß das Bankkapital am stärksten ausbeuten und belasten, aber nirgends zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen Entwicklung unserer Republik beitragen will. Tüchtige Dividenden einzuheimsen und sich um Millionengewinne zu teilen — das ist das Wahrgeschehen unserer Banken, keineswegs die Unterstützung der Industrie, des Gewerbes, des Handels.“

Sinken der Lebensmittelpreise in Amerika. Nach einer Meldung des New York Herald aus Washington sind die Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel in den Vereinigten Staaten im Oktober um zwei Prozent gesunken.

Drohender Bergarbeiterkonflikt in Deutschland. Aus Berlin wird gemeldet: Morgen treten in Berlin die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände zusammen. Dem sozialdemokratischen Parlamentsdienste zufolge ist anlässlich verschiedener Vorgänge im wirtschaftlichen und politischen Leben, namentlich in den letzten Tagen, die Zustimmung unter den Bergarbeitern so gestiegen, daß mit der sofortigen Kündigung des Uebersehlichabkommens gerechnet werden muß.

Devienturke. Die tschechische Krone notiert in:

Paris	17.30
Berlin	21.00
Gen	24.15.00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1258.00	1262.00
100 Mar.	0.42.50	0.52.0
100 schweiz. Frank.	508.50	501.50
10 Lire	145.75	147.25
100 franz. Frank.	224.25	225.75
1 Pfund Sterling	142.50	144.00
1 Dollar	32.00.0	32.40.00
100 belg. Frank.	210.00	212.00
100 Dinar	49.50	50.00
100 österr. Kronen	0.70.41	0.70.51
100 poln. Mark	0.15.30	0.25.50
100 ungar. Kronen	1.26.00	1.36.00

Züricher Schlußkurse.

Berlin	0.07.75	Paris	36.05.00
Wien	0.00.72	Mailand	24.70.00
Bras	17.30	Pub. West	0.22.75
Düsseldorf	211.50	Belgrad	0.08.40
New York	5.33.50	Warschau	0.03.25
London	24.15.00	Wien zeit.	0.00.00

Aus der Partei.

Bezirksfrauenkomitee Prag, Dienstag, den 21. November findet im Restaurant „Goldenes Kreuz“ um 8 Uhr abends eine Frauenversammlung statt, in der Abg. Genosse Dr. Politischer über das Thema „Frauenkrankheiten“ sprechen wird.

Kunst und Wissen.

Der Dieb. (Kleine Bühne.) Dieses Stück Henry Bernsteins wurde hier bereits vor Jahren aufgeführt. Es ist seit dem nicht besser geworden. Auch der Anschlag, es ins Repertoire aufzunehmen, hat sich nicht wesentlich geändert. Damals paradierte noch Johanna Buska, die Direktorsgattin in der Rolle der Marie Louise, heute mimt Direktor Kramer, deren Gegenpieler, Richard Boisin. Es war langweilig, den wie aus einem schlechten französischen Gesellschaftsfilm ins Wortdrama übertragenen Akten zu folgen, und quodvult, die Bemühungen des Autors um das Erotische mitanzusehen zu müssen. Die Aufführung hat leider nicht — mit Ausnahme der ausgezeichneten Leistung Kramers, dem nur Oskar Groh im Lobe anzureihen ist — durch gutes Spiel über das schlechte Stück hinweggetäuscht.

Die Jungfrau von Orleans. (Urania-Vorstellung.) Daß die diesjährige Schiller-Fest nicht, wie ursprünglich geplant, als Abend-, sondern als Nachmittagsvorstellung angelegt wurde, hat sich als großer Vorteil erwiesen. Denn die Jugend, welche das letzte Plätzchen am Samstag nachmittags füllte, feierte den Dichter mit einer Verehrung, die das sonstige snobistische Prager Abendpublikum nicht aufbringen vermog. Wenn auch der romanisch-katholische Einschlag der „Jungfrau von Orleans“, welcher die Form der großen Oper in diesem Falle geradezu herauslockt, nicht das Wesen Schillers restlos bloßlegt und eine Reueinstudierung vielleicht des „Wallenstein“ berechtigter wäre, so möge trotzdem dieser Einwand diesmal zurückgestellt werden, weil die Aufführung in Bild und Wort nur Weniges zu wünschen übrig ließ. Prof. Smitlacher hatte das Gläubige des erstarrten Mädchens, ohne in Ueberchwang zu verfallen. An dessen Stelle trat Innigkeit und rührende Hingabe. Alle andern Spieler — vor allem Herr Soltau — hielten die Linie ein, die ihnen ein reifer Dichter vorschreibt und die ein guter Regisseur nachzuziehen bemüht war.

Vortrag Marcel Salzer. Vergangene Woche erschien wieder Marcel Salzer auf dem Prager Vortragspodium. Die Beliebtheit, deren sich Salzer seit einigen Jahren in Prag erfreut, dokumentierte sich in der großen Zahl der erschienenen Zuhörer, denen Salzer scheinbar anspruchslos, im Gegenfatz zu sonstigen „Vortragemeistern“ auf drastische Mittel verzichtende, in Wirklichkeit technisch vollkommene und von wahrhaft künstlerischem Geschmac getragene Vortragskunst genuehreiche Stunden bereiteite.

Arbeiter-Vorstellung „Das vierte Gebot“, Gastspiel Rudolf Tyröf. Sonntag, den 26., halb 3 Uhr nachmittags im Neuen Theater. Kartenverkauf bei Operntheater, Graben 25, Kleiner Saal.

Neues Theater. Heute, den 21.: „Entführung aus dem Serail“; Mittwoch, den 22.: „Boheme“; Donnerstag, den 23.: „Das vierte Gebot“ (Gastspiel Tyröf); Freitag, den 24.: „Der Barbier von Bagdad“; Samstag, den 25.: „Die Braut des Lucullus“; Sonntag, den 26.: nachmittags Arbeiter-Vorstellung, Gastspiel Tyröf, „Das vierte Gebot“, abends „Braut des Lucullus“.

Kleine Bühne. Heute, den 21.: „Wertvoll“; Mittwoch, den 22.: „Brand im Opernhaus“; Freitag, den 24.: „Liebe“; Samstag, den 25.: „Haben Sie nichts zu verpöhlen“; Sonntag, den 26.: „Wauwau“.

Bereinsnachrichten.

Arbeiter-Abstinenzband in der Tschechoslowakischen Republik. Gründende Vollversammlung der Ortsgruppe Groß-Prag am 4. Dezember 1922, abends 8 Uhr, im Vereine deutscher Arbeiter, Smeckgasse Nr. 27, 8. Stod. 1904

Turnen und Sport.

D. F. C. gegen Viktoria Pilsen 5 : 2 (2 : 1).

D.F.C. mit Wähler im Centehalf glänzt durch eine großartige Kombination und durch äußerst faired Spiel. Der Sieg war verdient und ist umso höher zu werten, als die Viktoria Pilsen der Gaumeister von Westböhmen, selbst gegen Prager führende Klubs Siege erzielen konnte.

Sparta gegen Hamburger S. V. 3 : 2

Der Sparta gelang es am Sonntag, in Hamburg das Retourspiel gegen Hamburger Sportverein mit vieler Mühe zu gewinnen. Die Hamburger spielten vor 25.000 Zuschauer im Verhältnis zu ihrem letzten Spiele in Prag wie ausgewechselt. Bei Sparta wurde ein Mann verletzt (Poljistik). Der Erstaquartmann Janda weigerte sich anzutreten. Der beste Mann der Tschechen war Rada.

Slavia gegen Spielvereinigung Fürth 4 : 2 (1 : 2).

Die Spielvereinigung Fürth, der es im heutigen Jahre gelang, den 1. FC Nürnberg decimal zu schlagen, mußte gegen die Slavia am Sonntag den Kürzeren ziehen. Die Spieler Fürths konnten auf dem aufgetauichten Boden nicht dieselbe Behendigkeit, speziell in der zweiten Halbzeit, entfalten, wie die Slavia und dem Nachlassen ihrer Widerstandskraft in der zweiten Halbzeit haben sie auch ihre Niederlage zuzuschreiben. Technisch waren sie der Slavia weit überlegen und zeigten besonders in der ersten Halbzeit ein Kombinationspiel, wie es der Prager Boden seit langem, vielleicht noch nie gesehen hat. Fürth wurde jedoch vom Schiedsrichter stark benachteiligt, der unter anderem den Penalty gegen Fürth für gültig erklärte, trotzdem zwei Mann der Slavia vor Abpfiff über die Straflinie hinausgelaufen waren. Besuch 15.000 Personen.

Holland gegen Schweiz 0 : 5.

Bern, 19. November. (Schweiz. Dep.-Ag.) Das Fußball-Länderspiel Holland-Schweiz endete mit einem Siege der Schweizer von 5-0.

Mitteilungen aus dem Publikum.

W. STANEK TEE PRAG

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Alle Sozialorganisationen, Bezirksorganisationen, Kreisorganisationen, Gewerkschaftsorganisationen, Berufsorganisationen, Schriftstellerverbände und alle Organisationen der Parteimitglieder, Parteimitglieder sollen den Vertrieb des

Zelthner Parteitagprotokolls 1921 organisieren, die Einzelbestellungen sammeln und jobans die Gesamtbestellungen ziehen an das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Tschilj-Schönan, Seilerstraße 1. Das Protokoll kostet im Einzelverkauf 36 Kronen, bei Bezug bis zu zehn Stück 24 Kronen, bei Bezug von elf bis fünfzig Stück 22 Kronen 50 Heller, bei Bezug von über fünfzig Stück 20 Kronen (ausschließl. Porto)

„CITY“ der neueste feinste englische RAGLAN in Taille geschneitten, mit Samtkragen von Kc 550.— Die beliebte FACON CITY ist auch als Winterrock erhältlich. STRANSKY, Prag, Hybernská.



Lato die beste Milch-Schokolade bezorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C.



Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angefundigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.